

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1974

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



Herausgeber Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

INHALT

Schichtung der Erwerbseinkommen	157	Durch die in die Volkszählung 1970 eingebaute Repräsentativerhebung wurden auch Angaben über die Schichtung der Erwerbstätigen nach der Höhe des Nettoerwerbseinkommens bereitgestellt, die die Ergebnisse aus den übrigen Einkommenstatistiken in wesentlichen Punkten ergänzen.
Konfessionell gemischte Ehen	161	Untersuchungen über die Konfessionszugehörigkeit der Ehepartner stoßen insbesondere im Hinblick auf die Mischehe stets auf großes Interesse in der Öffentlichkeit. Unterlagen über Zahl und Struktur der bestehenden Ehen und damit über das Ausmaß konfessionell gemischter Ehen liefert die 10%-Stichprobe im Rahmen der Volkszählung 1970.
Gehalts- und Lohnstruktur der Arbeiter 1972	164	Während Arbeiterinnen noch am häufigsten Hilfstätigkeiten verrichten, setzt sich die männliche Arbeitnehmerschaft im produzierenden Gewerbe überwiegend aus Facharbeitern und nur zu etwa einem Zehntel aus ungelernten Arbeitskräften zusammen.
Baulandmarkt 1973	167	Erstmals seit einigen Jahren kam es zu einem Rückgang der Baulandverkäufe. Bedingt durch die geringere Nachfrage zogen die Quadratmeterpreise im Durchschnitt nur noch um 9% an, während es 1972 nahezu 16% waren.
Jugendhilfe 1973	172	Ende 1973 gab es erstmals über 100 Adoptionsstellen mehr, als Minderjährige zur Adoption vorgeschlagen waren.
Schlacht tier- und Fleischschau 1973	177	Auf Grund gesetzlicher Bestimmungen ist die Schlacht tier- und Fleischschau, welche von den Veterinärämtern und Fleischbeschauern vorgenommen wird, sowohl bei gewerblichen als auch bei Hausschlachtungen vorgeschrieben. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden jährlich statistisch ausgewertet.
Anhang	49*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	55*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN JETZT AUCH FÜR LÄNDER

In Kürze kann die vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder herausgegebene Gemeinschaftsveröffentlichung Band 5 ausgeliefert werden. Das Werk enthält für alle Länder des Bundesgebietes Angaben über volkswirtschaftlich so bedeutende Größen wie Inlands- und Sozialprodukt, Volkseinkommen, Einkommen aus unselbständiger Arbeit, verfügbares Einkommen, privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen, Ersparnis u. a. m.

Ich bestelle Ex. des Bandes

Gem. Veröff. Bd. 5 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

zum Preis von DM 15,-

.....
Datum

Adresse (Stempel)

.....
Unterschrift

Statistisches Landesamt
Rheinland - Pfalz
— Zentralreferat —

5427 Bad Ems
Mainzer Straße 15/16

60% der Erwerbstätigen verdienen monatlich zwischen 500 und 1 200 DM netto

Im repräsentativen Erhebungsteil der Volkszählung 1970 wurde auch die Frage nach der Höhe des Nettoerwerbseinkommens gestellt. Danach verdienten in Rheinland-Pfalz nur 15,2% der deutschen Erwerbstätigen außerhalb der Landwirtschaft mehr als 1 200 DM im Monat und lediglich 5,9% mehr als 1 800 DM. Am stärksten besetzt waren die Größenklassen, die von 800 bis 1 200 DM und von 500 bis 800 DM reichen (30,9 und 28,9%). Bei 25,0% betrug das Nettoerwerbseinkommen nicht einmal 500 DM im Monat. Zum Teil dürfte es sich hierbei aber um Teilzeitbeschäftigte oder um Lehrlinge, Anlernlinge und Praktikanten gehandelt haben, die sich noch in der Ausbildung befinden. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß diese Zahlen nicht die mithelfenden Familienangehörigen mit einschließen, die in ihrer Mehrzahl den unteren Einkommensschichten zuzurechnen sind. Bei der Beurteilung dieser Einkommensschichtung ist natürlich in Rechnung zu stellen, daß die Angaben die Verhältnisse des Jahres 1970 wiedergeben und die Einkommen in der Zwischenzeit erheblich gestiegen sind, eine Entwicklung, die durch die inflationären Preissteigerungen der letzten Jahre noch forciert wurde. nd

Mehr über dieses Thema auf Seite 157

Jede fünfte Ehe eine konfessionelle Mischehe

Von den 863 400 Ehen zwischen deutschen Ehepartnern, die am Zählungstichtag in Rheinland-Pfalz bestanden, war jede fünfte eine konfessionelle Mischehe. Der Anteil konfessionell homogener Ehen ist um so höher, je weiter das Eheschließungsjahr zurückliegt. Von den in dem Zeitraum von 1966 bis 1970 geschlossenen Ehen ist mit einem Anteil von 29% mehr als jede vierte, fast schon jede dritte Ehe eine Mischehe. Unter diesen konfessionell gemischten Ehen dominieren mit 81% die Ehen zwischen katholischen und evangelischen Christen stark. In den Landkreisen ist mit rund 14% der Anteil der zwischen Katholiken und Protestanten geschlossenen Ehen erheblich geringer als mit rund 24% in den kreisfreien Städten. In erster Linie ist dies auf die konfessionell viel stärker gemischte Bevölkerungsstruktur der Städte zurückzuführen. Dazu kommt, daß in der Anonymität der großen Städte dem Einzelnen bei der Partnerwahl weniger Rücksichtnahme auf seine Umgebung auferlegt ist als in den konfessionell homogeneren ländlichen Gebieten. ne

Mehr über dieses Thema auf Seite 161

Industrieproduktion im Mai 1974 um knapp 2% gestiegen

Der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Produktionsindex der rheinland-pfälzischen Industrie ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft lag im Mai um 3,7% unter dem Ergebnis von April. Trotz dieses seit Januar (— 4,0%) erstmals wieder beobachteten Rückgangs gegenüber dem Vormonat wurde im Vergleich zum Mai 1973 ein Anstieg von 1,9% errechnet. Während bei allen Industriebauptgruppen weniger als im Vormonat produziert wurde, wiesen die Investitionsgüterindustrien (+ 6,6%) eine erheblich größere Produktionssteigerung gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat als in den vorausgegangenen Monaten des Jahres auf. Ein überdurchschnittliches Wachstum war außerdem bei den

Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+ 4,5%) zu erkennen. Hier bestimmte die chemische Industrie mit einer Rate von + 11,0% ausschließlich diese Entwicklung. Demgegenüber mußten die Verbrauchsgüter- (— 9,3%) sowie die Nahrungs- und Genußmittelindustrien (— 4,6%) auch im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat Produktions-einbußen hinnehmen.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres erhöhte sich die industrielle Produktion gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 0,7%. Vergleichsweise hatte sich dieser Zuwachs im Vorjahr noch auf 7,8% gestellt. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrien nahmen in diesem Jahr mit + 2,9% vor den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+ 2,6%) die erste Stelle ein. Während die Investitionsgüterindustrien ebenfalls einen Anstieg von 1,8% verbuchten konnten, verzeichneten die Verbrauchsgüterindustrien eine Einbuße von 7,3%. mc

Mäßige Steigerung der Einzelhandelsumsätze im 1. Quartal 1974

Steigende Inflationsraten sowie Ungewißheit über die weitere Entwicklung der Konjunkturlage hatten bei den privaten Haushalten in der jüngsten Vergangenheit eine zunehmende Zurückhaltung bei ihren Einkäufen zur Folge. Dieses Verhalten führte unter anderem dazu, daß sich der Umsatz der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsgeschäfte im ersten Quartal gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nur noch um 4,1% erhöhte gegenüber einer durchschnittlichen Steigerung im vergangenen Jahr von 10,1%. Berücksichtigt man die in diesem Zeitraum erfolgten Preissteigerungen, so ging der reale Absatz im ersten Vierteljahr sogar um 2,4% zurück (1973 + 3,6%).

Die geringere Kaufneigung war jedoch nicht in allen Branchen gleichermaßen zu spüren. So wiesen der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (+ 14,2%), zu dem unter anderem die Warenhäuser rechnen, der Handel mit Elektro-, optischen Erzeugnissen und Uhren (+ 14,9%) sowie der Kohle- und Mineralölhandel (+ 27,9%) weit überdurchschnittliche Wachstumsraten auf. Bei der zuletzt genannten Branche spielten jedoch vor allem die hohen Preissteigerungen eine Rolle, die bei den freien Tankstellen sogar zu einem Rückgang des preisbereinigten Absatzes um 11,5% führten. Eine negative Umsatzentwicklung wurde für den Fahrzeug- und Maschineneinzelhandel (— 26,3%) errechnet. Während hier der Umsatz des Einzelhandels mit Kraftwagen und Krafträdern um 29,2% zurückging, war beim Fahrrad- und Mopedeinzelhandel eine gleich hohe Zuwachsrate (+ 29,0%) zu beobachten.

Mit dieser Entwicklung ging ein Rückgang der Zahl der Vollbeschäftigten im Einzelhandel um 1,3% einher. Gleichzeitig erhöhte sich jedoch die Zahl der Personen, die dem Betrieb nur zu einem Teil der üblichen Arbeitszeit zur Verfügung standen, um 4,2%. Die größte Abnahme der Vollbeschäftigtenzahl mußten die Einzelhandelsgeschäfte mit sonstigen Waren (— 17,3%), wie Blumen (— 4,7%) sowie Lacken und Farben (— 8,8%), diejenigen mit Fahrzeugen und Maschinen (— 8,1%) sowie mit Kohle und Mineralöl (— 4,8%), hier insbesondere die Tankstellen (— 11,9%) hinnehmen. Dagegen konnten die Einzelhändler mit Waren verschiedener Art (+ 4,1%), insbesondere diejenigen mit Hauptrichtung Nahrungsmittel (+ 18,6%), ihren Bestand noch erheblich steigern. mc

Nur knapp ein Zehntel der Arbeiterinnen sind Fachkräfte

Die Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung des Jahres 1972 werden - wie bei den vorangegangenen Erhebungen - zunächst hinsichtlich der sozialen Struktur der Arbeiter analysiert. Nach Qualifikationsstufen unterschieden ergab sich 1972 im produzierenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz ein Anteil der Facharbeiter von etwa 58%. Die Angelernten machten 30 und die Hilfsarbeiter rund 12% aus. Mit einer beachtlichen Erhöhung des Anteils der Facharbeiter auf Kosten der beiden anderen Gruppen hat sich das Leistungsgruppengefüge bei den Männern im Vergleich mit der letzten Erhebung von 1966 erheblich verbessert. Bei den Frauen war dagegen die Veränderung des beruflichen Ausbildungsstandes gering. 1972 entfielen auf 100 Arbeiterinnen 44 Angelernte (1966: 43), fast jede zweite Frau verrichtete damals wie heute Tätigkeiten, die keine Ausbildung voraussetzen, während der Anteil weiblicher Facharbeiter noch nicht 10% (8%) ausmachte.

Die häufigste Lohnform war auch 1972 der Zeitlohn. Sein Anteil belief sich bei den Männern auf 79% und bei den Frauen auf 64%. Relativ häufiger als Männer (16%) arbeiteten Frauen im Leistungslohn (26%). Etwas mehr als zwei Drittel der Arbeiter waren noch nicht 45 Jahre alt, bei den Arbeiterinnen betrug der Anteil dieser Altersgruppe rund 63%. Auch von den teilzeitbeschäftigten Frauen waren zwei von drei nicht älter als 45, während jeder dritte teilzeitbeschäftigte Arbeiter über 65 Jahre alt war. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 164

Wirtschaftliche Lage beeinflusst Baulandverkäufe

Erstmals seit einigen Jahren kam es 1973 in Rheinland-Pfalz zu einem Rückgang der Grundstücksverkäufe. Wurden 1972 noch 15 515 Kaufverträge abgeschlossen, so waren es im Berichtsjahr nur 13 436 (— 13%). Die dabei umgesetzte Gesamtfläche erreichte 15,4 Mill. qm (— 20%) bei einem Verkaufswert von 390 Mill. DM (— 13%). Der durchschnittlich zu zahlende Quadratmeterpreis zog von 23,29 auf 25,33 DM an (+ 9%). Bedingt durch die Struktur des Landes entfiel - wie schon in den vergangenen Jahren - ein erheblicher Anteil der Veräußerungen auf Gemeinden bis zu 2 000 Einwohner. Diese Gemeindegrößenklasse vereinigte 45% aller Kauffälle mit einem Flächenanteil von 39% auf sich. Erwartungsgemäß war auch in dieser Größenklasse der Preis je Quadratmeter Bauland mit 13,49 DM am niedrigsten; bereits in der nächsthöheren Klasse (2 000 bis 5 000 Einwohner) stieg er auf 23,37 DM an. In Großstädten lag er bei 60,66 DM. Bei der Hälfte aller registrierten Verkäufe hatten die Grundstücke eine Größe zwischen 500 und 1 000 qm, es folgte die Kategorie 1 000 bis 3 000 qm mit einem Anteil von gut einem Fünftel. Eine Betrachtung der Grundstückspreise nach Preisgruppen zeigt, daß neben 11 Verkaufsfällen in der untersten Preisgruppe (unter 1 DM je qm) in 16 Fällen auch Quadratmeterpreise über 500 DM erzielt wurden. Der Schwerpunkt der Verkäufe lag aber mit 69% aller Fälle in den Preisgruppen von 2 bis 30 DM, wobei die Gruppe 10 bis 15 DM mit 17% am dichtesten besetzt war. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 167

Vermögensbildung privater Haushalte - Kontensparen dominiert

Von 100 rheinland-pfälzischen Haushalten unterhielten im Januar 1974 etwa 92 ein Sparkonto. Dies weisen die Ergebnisse der bei etwa 3 000 Familien durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 aus. Gegenüber Ermittlungen einer gleichen Erhebung im Jahre 1969 bedeutet das eine leichte Zunahme der Sparkonten um rund 2%, ohne daß damit etwas über die Höhe der Guthaben gesagt wird.

In der Aufgliederung der Sparkonteninhaber nach sozialen Gruppen reicht die Skala von 97% bei Angestellten-Haushalten bis 86% bei Haushalten von Nichterwerbstätigen, vornehmlich Rentnern und Pensionären. Damit haben sich die Anteile seit 1969 etwas verlagert. Damals waren es noch die Beamten, die mit 97% an erster Stelle rangierten (jetzt 95%).

Nach der Höhe der Sparguthaben hatten 13% (1969: 31%) der Haushalte weniger als 1 000 DM auf ihrem Sparkonto, 39% (39) zwischen 1 000 und 5 000 DM, nahezu 22% (16) zwischen 5 000 und 10 000 DM, und 26% (14) hatten 10 000 DM und mehr angespart. Auch eine Darstellung nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes läßt bemerkenswerte Veränderungen gegenüber 1969 erkennen. Unter den Haushalten Selbständiger (einschließlich Landwirten), die ein Sparkonto besitzen, verfügten Anfang 1974 rund 37% über ein Guthaben von 10 000 DM und mehr; 1969 waren es nur 23% gewesen. Bei Beamten betrugen 1974 und 1969 die Anteile in diesem Guthabenbereich 24 bzw. 15, bei Angestellten 27 bzw. 15, bei Arbeitern 16 bzw. 7 und bei Nichterwerbstätigen 32 bzw. 14%. Prämienbegünstigt sparten 1974 von den Sparkontenbesitzern 54% (1969: 39%). Damit zeigt sich, daß Kontensparen trotz Geldwertschwund noch immer die beliebteste Form der Geldanlage ist.

An zweiter Stelle der Sparform steht das Versicherungssparen. Reichlich drei Viertel aller privaten Haushalte haben diesbezügliche Verträge abgeschlossen. Verhältnismäßig hoch, und zwar zu einem Fünftel, waren die Haushalte mit Bagatellsummen unter 3 000 DM beteiligt. Es dürfte sich hierbei vorwiegend um Sterbegeldversicherungen handeln, was aus dem auf Nichterwerbstätige, also vorwiegend ältere Menschen entfallenden Anteil dieser Klasse in Höhe von 53% geschlossen werden kann. Nahezu 29% der versicherten Haushalte hatten über Summen zwischen 3 000 und 10 000 DM, 22% zwischen 10 000 und 20 000, 20% zwischen 20 000 und 50 000 sowie 8% über solche von mehr als 50 000 DM abgeschlossen.

Stellt man die ermittelten Anteile der zu Gruppen zusammengefaßten Klassen mit unter 20 000 DM, 20 000 bis 50 000 DM und über 50 000 DM denen von 1969 gegenüber, so ergeben sich in gleicher Reihenfolge die Werte 72 zu 81, 20 zu 14 und 8 zu 5. Aus diesen Relationen ist ersichtlich, daß sich in den letzten vier Jahren eine Tendenz zu höherwertigen Versicherungsverträgen bei den Haushalten durchgesetzt hat. Selbständige mit Versicherungen schlossen zu 72% (1969: 70%) über Summen von mehr als 20 000 DM ab, 50% kamen sogar auf Beträge von 50 000 DM und mehr. Abschlüsse über 20 000 DM und mehr gaben außerdem 29% (1969: 15%) der Beamten-Haushalte, 39% (26) der Angestellten-, 25% (10) der Arbeiter- und 9% (3) der nichterwerbstätigen Haushalte an. wf

Schichtung der Erwerbseinkommen

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Um zusätzliche Informationen über die sozio-ökonomische Gliederung der Bevölkerung zu gewinnen, wurde in den repräsentativen Erhebungsteil der Volkszählung 1970, der rund 10% der Bevölkerung erfaßte, auch die Frage nach der Höhe des Nettoerwerbseinkommens aufgenommen. Der vorliegende Beitrag erstreckt sich nur auf die Erwerbstätigen außerhalb der Landwirtschaft und läßt die mithelfenden Familienangehörigen und die Erwerbstätigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, also insbesondere die Gastarbeiter, unberücksichtigt. Das Nettoerwerbseinkommen wurde als Erhebungstatbestand deshalb gewählt, weil es relativ leicht angegeben werden kann, während das Gesamteinkommen sehr viel komplexer ist und sich in vielen Fällen nur auf Grund eingehender Feststellungen ermitteln läßt. Da außerdem angenommen werden mußte, daß bei den meisten Auskunftspflichtigen eine erhebliche Abneigung dagegen besteht, ihr Einkommen auf einem Erhebungsbogen nachzuweisen, der durch ortsansässige Zähler eingesammelt wird, wurde lediglich die Einstufung des Nettoerwerbseinkommens in ein recht grobes Größenklassenschema gefordert. Die Ergebnisse über die Schichtung der Nettoerwerbseinkommen, die aus dieser Befragung resultieren, können wegen dieser vielfachen Beschränkungen keine Einkommensstatistik ersetzen, wie sie etwa die Lohn- und Einkommenssteuerstatistik und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe darstellen. Sie ergänzen die Ergebnisse dieser Statistiken jedoch insofern in wesentlichen Punkten, als der umfassende Erhebungskatalog der Volks- und Berufszählung eine Kombination der Einkommensklassen, in die die Erwerbstätigen fallen, mit einer Vielzahl anderer Merkmale (Geschlecht, Altersklassen, Stellung im Beruf, Wirtschaftszweig usw.) erlaubt, die in der an die Lohnsteuerkarten und die Einkommensteuerveranlagungen gebundenen Lohn- und Einkommenssteuerstatistik überwiegend nicht erfaßt sind, während einer entsprechenden Merkmalskombination in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe durch den geringen Auswahlsatz (nur 0,25% der Haushalte) doch enge Grenzen gesetzt sind.

Anzukreuzen waren von den Auskunftspflichtigen die vorgegebenen Größenklassen des monatlichen Nettoerwerbseinkommens. Unter Nettoerwerbseinkommen ist dabei das Einkommen zu verstehen, das nach Abzug der Steuern, der Sozialversicherungsbeiträge sowie der Beiträge zu staatlichen, kommunalen oder auch privaten Zusatzversorgungskassen vom Bruttoeinkommen verbleibt. Alle nicht aus einer Erwerbstätigkeit fließenden Einkünfte waren unberücksichtigt zu lassen. Sofern die Leistungen zum Teil durch Sachbezüge abgegolten wurden (Werkwohnung, freie Unterkunft und Verpflegung, Deputate u. ä.), waren sie mit einem gegebenen-

falls geschätzten Geldwert in das Einkommen einzubeziehen. Jahressonderzahlungen, wie Weihnachtsgratifikationen, Gewinnbeteiligungen, Prämien, waren anteilig mit einem Zwölftel der im Jahre 1969 gezahlten Beträge zu berücksichtigen. Auskunftspflichtige, die ihr Einkommen nur einmal jährlich im Zusammenhang mit der Ausfertigung der Einkommensteuererklärung ermitteln, waren gehalten, von dem für das Jahr 1969 festgestellten Einkommen auszugehen und dieses durch 12 zu teilen.

60% der Erwerbstätigen verdienen monatlich netto zwischen 500 und 1 200 DM

Betrachtet man zunächst die Gesamtheit der deutschen Erwerbstätigen außerhalb der Landwirtschaft, so fällt auf, daß bei nur 15,2% das monatliche Nettoerwerbseinkommen über 1 200 DM und bei lediglich 5,9% über 1 800 DM lag. Am stärksten besetzt waren die Größenklassen, die von 800 bis 1 200 DM und von 500 bis 800 DM reichen (30,9 und 28,9%). Bei 25% betrug das Nettoerwerbseinkommen nicht einmal 500 DM im Monat. Zum Teil dürfte es sich hierbei aber um Teilzeitbeschäftigte oder um Lehrlinge, Anlernlinge und Praktikanten gehandelt haben, die sich noch in der Ausbildung befinden. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß diese Zahlen nicht die mithelfenden Familienangehörigen mit einschließen, die in ihrer Mehrzahl den unteren Einkommensschichten zuzurechnen sind. Bei der Beurteilung dieser Einkommensschichtung ist natürlich in Rechnung zu stellen, daß die Angaben die Verhältnisse des Jahres 1970 wiedergeben und die Einkommen in der Zwischenzeit erheblich gestiegen sind, eine Entwicklung, die durch die inflationären Preissteigerungen der letzten Jahre noch forciert wurde.

In welchem Umfang die alte Gliederung der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf in Selbständige, Beamte, Angestellte und Arbeiter auch heute noch relevant ist, zeigt eine entsprechend differenzierte Schichtung nach der Höhe des Einkommens, das ja als Kriterium für die sozio-ökonomische Einstufung eher noch an Gewicht gewonnen haben dürfte, während andere Statusmerkmale wie Herkunft, Erziehung und Lebensstil auf Grund der sich auf diesen Ebenen durchsetzenden Nivellierungstendenzen doch erheblich an Bedeutung verloren haben. Die oberen Einkommensklassen wa-

Deutsche Erwerbstätige außerhalb der Landwirtschaft¹⁾ nach Höhe des Nettoerwerbseinkommens, Stellung im Beruf und Wirtschaftsabteilungen 1970

Wirtschaftsabteilung Stellung im Beruf	Ins- gesamt	Mit einem Nettoerwerbseinkommen von ... DM					
		unter 500	500 — 800	800 — 1 200	1 200 — 1 800	1 800 — 2 500	2 500 und mehr
		1 000	%				
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	11,6	8,6	31,0	48,3	10,3	0,9	0,9
Selbständige	0,1	0,0	-	-	0,0	-	0,0
Abhängige	11,5	8,7	31,3	48,7	10,4	0,9	0,9
Verarbeitendes Gewerbe	523,7	23,6	32,0	32,8	7,4	2,9	1,3
Selbständige	28,0	11,1	12,9	22,9	15,0	30,0	8,2
Abhängige	495,7	24,3	33,1	33,4	6,9	1,3	0,9
Baugewerbe	117,2	10,8	35,9	42,2	6,8	3,4	1,0
Selbständige	10,6	3,8	11,3	26,4	18,9	31,1	8,5
Abhängige	106,6	11,4	38,4	43,7	5,6	0,7	0,3
Handel	160,9	39,9	23,5	20,7	7,2	6,4	2,3
Selbständige	30,9	13,9	14,2	20,4	13,9	28,5	9,4
Abhängige	130,0	46,1	25,7	20,8	5,6	1,2	0,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	76,8	9,2	27,2	49,6	10,8	2,5	0,7
Selbständige	4,5	4,4	13,3	33,3	15,6	24,4	8,9
Abhängige	72,3	9,5	28,1	50,6	10,5	1,1	0,1
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	30,5	20,0	29,2	29,2	14,4	4,9	2,3
Selbständige	0,4	0,0	0,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Abhängige	30,1	20,3	29,6	29,2	14,3	4,7	2,0
Dienstleistungen	173,3	34,7	20,8	19,7	12,3	8,9	3,6
Selbständige	31,4	15,6	12,7	17,8	11,5	28,0	14,3
Abhängige	141,9	38,9	22,6	20,1	12,5	4,7	1,3
Organisationen ohne Erwerbscharakter, Private Haushalte	17,0	49,4	18,2	15,9	12,9	2,9	1,2
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	152,6	21,4	29,4	30,5	14,5	3,5	0,7
Insgesamt	1 263,6	25,0	28,9	30,9	9,3	4,3	1,6
Selbständige	105,8	12,2	12,9	21,5	14,1	28,8	10,5
Beamte	118,7	17,2	13,5	33,0	25,8	9,0	1,6
Angestellte	380,1	19,0	26,1	33,7	16,0	3,3	1,9
Arbeiter	573,5	22,1	41,0	34,8	2,0	0,1	0,0
Lehrlinge	85,5	97,9	1,4	0,7	0,1	0,0	0,0

1) Ohne mithelfende Familienangehörige.

ren am stärksten bei den Selbständigen besetzt, von denen 39,3% ein Nettoerwerbseinkommen über 1 800 DM im Monat bezogen; bei den Beamten waren es dagegen nur 10,6%, bei den Angestellten lediglich 5,2% und bei den Arbeitern ein zahlenmäßig kaum noch auszudrückender Anteil von 0,1%. Bei allen drei Gruppen von Arbeitnehmern ist auffällig, daß auf die mittlere Einkommensklasse von 800 bis 1 200 DM etwa ein gleicher Anteil von je einem Drittel entfällt. Wie groß die Einkommensunterschiede im übrigen aber sind, geht aus der Besetzung der darüber und darunter liegenden Einkommensschichten von 1 200 bis 2 500 DM und von 500 bis 800 DM hervor. Ein Nettoeinkommen von 1 200 bis 2 500 DM im Monat erhielten von den Beamten 34,8%, von den Angestellten 19,3% und von den Arbeitern 2,1%, während auf Nettoeinkommen zwischen 500 und 800 DM nur 13,5% der Beamten, aber 26,1% der Angestellten und 41,0% der Arbeiter angewiesen waren. Weit geringer sind dagegen die Abweichungen in der anteilmäßigen Besetzung der untersten Einkommensschicht. Die Schwankungsbreite reicht von 12,2% für die Selbständigen über 17,2 und 19,0% für die Beamten und Angestellten bis zu 22,1% für die Arbeiter. Ganz aus dem Rahmen fallen die Lehrlinge, Anlernlinge und Praktikanten, deren Ausbildungsvergütung in 97,9% der Fälle weniger als 500 DM im Monat ausmacht.

Problematik von Vergleichen zwischen unterschiedlich zusammengesetzten Gruppen

Man sollte sich jedoch davor hüten, aus diesen Relationen generalisierende Feststellungen etwa derart abzuleiten, daß die Angestellten mehr verdienen als die Arbeiter, oder daß die Beamten besser bezahlt werden als die Angestellten. Entscheidend ist vielmehr die Funktion, die jeweils ausgeübt wird, und welchen Marktwert sie hat. Da die berufstätigen Männer und Frauen, die Erwerbstätigen in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Regionen, die nach der Stellung im Beruf abgegrenzten Selbständigen und Arbeitnehmer sich nun aber aus ganz verschiedenen Funktionsgruppen zusammensetzen, müssen sich zwangsläufig auch erhebliche Differenzen in den Einkommensschichtungen ergeben. Das besagt natürlich nicht, daß es nicht für eine ganze Reihe von Untersuchungen von Interesse ist, die Einkommensschichtung der nach dem Geschlecht, dem Wirtschaftszweig, der Region oder der Stellung im Beruf gegliederten Erwerbstätigen zu kennen; unsinnig ist es nur, hieraus allein Schlußfolgerungen zu ziehen, die diese Unterschiede im Hinblick auf ihre ökonomische Berechtigung in Frage stellen. Dafür sind Analysen notwendig, die sehr viel tiefer ansetzen müssen, und für die die Volks- und Berufszählung nicht die geeignete Quelle sein kann.

Wenden wir uns nun nach diesem kleinen Exkurs der Einkommensschichtung der Erwerbstätigen in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen zu, bei der

wir uns zum Teil sehr stark voneinander abweichenden Einkommenspyramiden gegenübersehen; sie sind bedingt durch Unterschiede in den jeweils ausgeübten Funktionen - die wiederum von dem erforderlichen Ausbildungsstand und dem Grad der Produktionstechnik abhängen -, dem langfristigen Verhältnis zwischen dem Angebot und der Nachfrage von Arbeitskräften in der betreffenden Branche und den einzelnen Berufszweigen sowie der Unternehmensstruktur und der Größe der betrieblichen Einheiten, in denen die Leistungserstellung erfolgt.

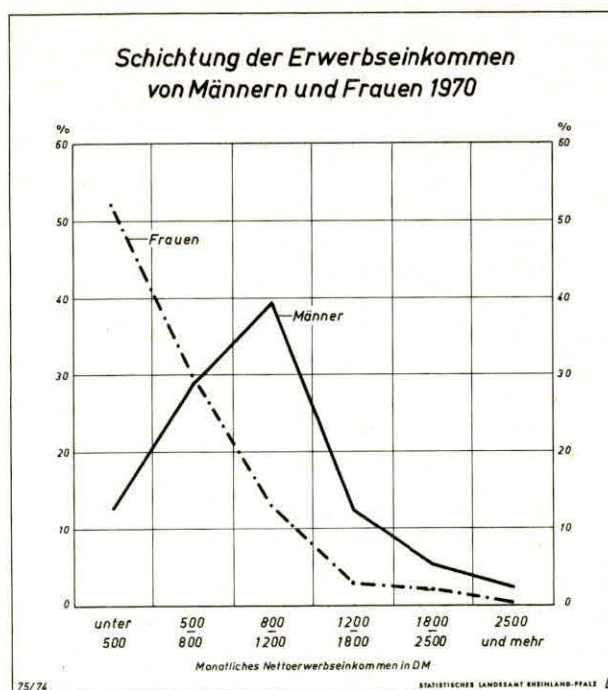
Mittlere Einkommen dominieren am stärksten in Energiewirtschaft, Baugewerbe und Verkehr

Eine stärkere Übereinstimmung in der Verteilung der Erwerbstätigen auf die Einkommensgrößenklassen läßt sich zunächst für den Bereich Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau, das Baugewerbe und die Verkehrswirtschaft feststellen: Die mittleren Einkommensklassen von 500 bis 800 und von 800 bis 1 200 DM sind hier mit 27,2 bis 35,9% und mit 42,2 bis 49,6% insgesamt gesehen stärker besetzt als in den anderen Wirtschaftsabteilungen, während der Anteil derjenigen, die ein Nettoeinkommen von weniger als 500 DM bezogen, mit 8,6 bis 10,8% relativ klein ist; allerdings lag auch der Anteil der Erwerbstätigen mit einem Einkommen von mehr als 1 200 DM mit 11,2 bis 14,0% unter dem Gesamtdurchschnitt.

Eine gewisse Kongruenz läßt sich weiterhin für die Einkommensschichtung der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe, der Kredit- und Versicherungswirtschaft und bei den Gebietskörperschaften (einschließlich Sozialversicherung) feststellen: 20,0 bis 23,6% verdienen hier weniger als 500 DM, 29,2 bis 32,0% zwischen 500 und 800 DM und 29,2 bis 32,8% zwischen 800 und 1 200 DM. Lediglich für die oberen Einkommensklassen ergaben sich stärker voneinander abweichende Anteile: Während der Anteil der Erwerbstätigen mit einem Nettoeinkommen von über 1 200 DM im verarbeitenden Gewerbe nur 11,6% erreichte und damit nur noch vom Baugewerbe unterschritten wird, machte er bei den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung 18,7% und in der Kredit- und Versicherungswirtschaft sogar 21,6% aus. Diese Divergenzen werden dadurch ausgeglichen, daß im verarbeitenden Gewerbe sowohl die unteren als auch die mittleren Einkommensschichten ein etwas stärkeres Gewicht besitzen als bei den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung sowie der Kredit- und Versicherungswirtschaft.

Hoher Anteil der unteren Einkommensschichten im Handel und Dienstleistungsgewerbe

Die Einkommensschichtung der Erwerbstätigen im Handel, im sogenannten Dienstleistungsgewerbe und in der Wirtschaftsabteilung 8, in der die Organisationen ohne Erwerbscharakter und die privaten Haushalte zusammengefaßt sind, wird dadurch gekennzeichnet, daß hier die obere Mittelschicht, die die Nettoeinkommen von 800 bis 1 200 DM abdeckt, mit Anteilen von 20,7%, 19,7 und 15,9% außer-



gewöhnlich schwach besetzt ist (Durchschnitt 30,9%). Das gilt - wenn auch nicht ganz so ausgeprägt - auch für die untere Mittelschicht, die sich durch die zwischen 500 und 800 DM liegenden Einkommen abgrenzen läßt. Im Handel entfielen 23,5% der Erwerbstätigen auf diese Einkommensklasse, im Dienstleistungsgewerbe 20,8% und bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter und den privaten Haushalten 18,2% (Durchschnitt 28,9%). Dagegen sind im Handel 39,9% und im Dienstleistungsgewerbe 34,7% der Erwerbstätigen auf Nettoeinkommen von weniger als 500 DM angewiesen, bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter und den privaten Haushalten sogar 49,4%, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß es sich bei vielen der noch in privaten Haushalten arbeitenden Personen um Teilzeitbeschäftigte handelt, deren Einkommen relativ niedrig ist.

Die geringe Besetzung der mittleren Einkommensklassen in diesen drei Wirtschaftsabteilungen wird jedoch nicht nur durch entsprechend höhere Anteile für die unteren Einkommensschichten ausgeglichen; auch auf die oberen Einkommensschichten entfällt hier ein überdurchschnittlich hoher Anteil. Im Handel sowie bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter und den privaten Haushalten liegen die entsprechenden Quoten von 15,9 und 17,0% zwar nicht erheblich über dem entsprechenden Gesamtdurchschnitt von 15,2%; im Dienstleistungsgewerbe beziehen dagegen 24,8% der Erwerbstätigen ein Nettoeinkommen von mehr als 1 200 DM im Monat, ein Prozentsatz, der höher ist als in jeder anderen Wirtschaftsabteilung. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei hier darauf hingewiesen, daß dies nicht allein auf die große Zahl von Selbständigen zurückzuführen ist, die als Inhaber von zum Teil kleineren und mittleren Betrieben des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes oder von Wäschereien, Reinigungsanstalten und Friseurgeschäften bei dem hier angewandten Größenklassen-

Deutsche Erwerbstätige außerhalb der Landwirtschaft
nach Höhe des Nettoerwerbseinkommens,
Geschlecht und Altersgruppen 1970

Alter	Ins- gesamt	Mit einem Nettoerwerbseinkommen von ... DM					
		unter 500	500	800	1 200	1 800	2 500
			— 800	— 1 200	— 1 800	— 2 500	und mehr
	1 000	%					
Insgesamt							
unter 20 Jahre	172,0	78,3	17,9	3,5	0,3	0,0	-
20 - 30 "	274,4	22,1	39,6	31,4	5,7	1,0	0,2
30 - 40 "	295,7	12,2	26,3	42,8	12,7	4,6	1,4
40 - 50 "	262,2	14,8	26,2	36,5	13,3	6,5	2,9
50 - 60 "	169,0	16,4	30,3	32,0	11,6	6,8	3,0
60 und mehr "	90,3	19,6	31,2	24,7	10,4	10,4	3,7
Insgesamt	1 263,6	25,0	28,9	30,9	9,3	4,3	1,6
Männer							
unter 20 Jahre	90,6	74,5	20,4	4,4	0,6	0,0	-
20 - 30 "	180,2	13,2	38,0	40,0	7,4	1,2	0,3
30 - 40 "	226,6	1,9	24,6	51,1	15,4	5,2	1,7
40 - 50 "	183,5	1,9	23,8	45,1	17,3	8,0	3,9
50 - 60 "	118,6	3,3	31,1	38,5	14,8	8,3	4,0
60 und mehr "	68,0	9,6	34,4	27,6	12,6	11,5	4,6
Zusammen	867,5	12,6	28,4	39,1	12,3	5,3	2,2
Frauen							
unter 20 Jahre	81,4	82,6	15,1	2,3	0,0	0,0	-
20 - 30 "	94,1	39,2	42,6	15,1	2,6	0,5	0,1
30 - 40 "	69,0	46,1	31,9	15,2	3,9	2,6	0,3
40 - 50 "	78,7	44,9	31,6	16,3	3,8	3,0	0,5
50 - 60 "	50,4	47,2	28,4	16,7	4,2	3,4	0,6
60 und mehr "	22,3	50,2	22,0	16,1	4,0	7,2	1,3
Zusammen	396,0	52,0	29,9	13,0	2,8	2,0	0,3

schema sicherlich der oberen Einkommensschicht zugerechnet werden müssen. Zum sogenannten Dienstleistungsgewerbe gehören vielmehr auch die Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten und freiberuflich tätigen Ingenieure sowie der gesamte Bereich der Wissenschaft, Bildung und Erziehung, da die entsprechenden staatlichen Einrichtungen nicht unter den Gebietskörperschaften erfaßt werden, um eine primär funktional ausgerichtete Systematisierung zu erreichen.

Frauen überwiegend in schlechter bezahlten Stellungen

Eine Schichtung der Erwerbstätigen nach dem Geschlecht macht deutlich, daß die Frauen im Wirtschaftsleben in sehr viel stärkerem Maße untergeordnete und entsprechend schlechter bezahlte Stellungen einnehmen als die Männer: 52,0% der erwerbstätigen Frauen bezogen 1970 ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 500 DM, während es bei den Männern nur 12,6% waren. Auch in der unteren Mittelklasse, der die Einkommen von 500 bis 800 DM zugerechnet werden können, waren die Frauen mit 29,9% noch relativ zahlreicher vertreten als die Männer (28,4%). Dagegen sank ihr Anteil bei der nächst höheren Einkommensklasse von 800 bis 1 200 DM bereits auf 13,0% (Männer 39,1%). Nur 5,1 % der erwerbstätigen Frauen, aber 19,8% der erwerbstätigen Männer verdienten netto mehr als 1 200 DM im Monat. Diese außergewöhnlich hohen Einkommensunterschiede sind sicherlich so gut wie gar nicht durch eine offene - und ungesetzliche - Diskriminierung der Frauen bedingt, die darin zum

Ausdruck kommt, daß die Frauen für die gleiche Arbeit geringer entlohnt werden als die Männer. Ausschlaggebend dürfte vielmehr die den Frauen durch die Gesellschaft vorgegebene Rolle sein. Sieht man die Zukunft eines jungen Mädchens nämlich vor allem darin, zu heiraten, eine Familie zu gründen und einen Haushalt zu besorgen, dann erscheint es nicht sinnvoll, sehr viel Zeit und Geld in eine längere und bessere Ausbildung zu investieren, da der Beruf, für den alle diese Anstrengungen unternommen werden, hinterher doch nur eine kurze Zeit ausgeübt werden kann. Diese Rollenerwartung implizierte, daß sich bisher viel mehr Mädchen als Jungen von vornherein auf eine untergeordnete Position im Berufsleben einstellten, da die Berufstätigkeit auf kurze Dauer angelegt erschien. Es bleibt abzuwarten, wie schnell und in welchem Umfang das sehr stark verbesserte Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten und gleichzeitig die Tendenz zur kleinen Familie, die auch der Hausfrau eher eine Berufstätigkeit erlaubt, hier einen Wandel schaffen, der sich auch in der Einkommensschichtung der Frauen niederschlägt. Man muß sich jedoch allerdings auch fragen, inwieweit der geringe Anteil der Frauen in den oberen Einkommensklassen außerdem auf eine versteckte Diskriminierung zurückzuführen ist, die sich darin zeigt, daß bei der Besetzung von besser bezahlten Stellungen die Männer bevorzugt werden, auch wenn die Frauen die gleiche oder sogar eine höhere Qualifikation aufweisen, und die Männer daher in den Unternehmens- und Behördenhierarchien sehr viel schneller aufrücken als die Frauen.

Ausgeprägte Korrelation zwischen Alter und Einkommen

Kombiniert man die Gliederung der Erwerbstätigen nach Altersgruppen und Einkommensklassen miteinander, so ergibt sich eine ausgeprägte Korrelation zwischen diesen beiden Merkmalen: Die jeweils am stärksten besetzte Einkommensschicht steigt kontinuierlich mit der Höhe des Alters. In einem bestimmten Umfang war dieser Zusammenhang zu erwarten, da die besser bezahlten Positionen in der Regel eine größere Berufserfahrung erfordern, die nur nach einer längeren Berufstätigkeit und damit in einem höheren Alter erworben werden kann. Es muß allerdings überraschen, wenn der Anteil der Erwerbstätigen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von mehr als 1 800 DM, der bei den 40- bis 50jährigen 9,4% ausmacht, noch weiter bis auf 14,1% bei den über 60jährigen ansteigt. Hier wird deutlich, welche Bedeutung das Senioritätsprinzip bei der Besetzung der Positionen in den Unternehmen und Verwaltungen ganz offensichtlich auch heute noch hat. Wenn der Anteil der Erwerbstätigen mit einem Einkommen von unter 500 DM, der bei den 30- bis 40jährigen nur 12,2% ausmacht, bei den 50- bis 60jährigen wieder auf 16,4% und bei den über 60jährigen sogar auf 19,6% ansteigt, so erklärt sich dies vor allem daraus, daß von denjenigen, die bereits aus dem regulären Arbeitsprozeß ausgeschieden sind und überwiegend von einer Rente und Pension leben, viele noch ne-

benbei einer Erwerbstätigkeit nachgehen, bei der es sich aber meistens nur um eine Teilzeitbeschäftigung oder um eine Arbeit handelt, die geringere

Anforderungen stellt und dementsprechend niedrig entlohnt wird.

Dr. G. Nold-Stahlberg

Konfessionell gemischte Ehen

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Im Rahmen der 10%-Stichprobe wurden bei der Volkszählung 1970 auch ehestatistische Merkmale erfaßt und aufbereitet. Die Kombination mit dem Merkmal der Religionszugehörigkeit gestattete es, die Konfessionszugehörigkeit der Ehepartner zu untersuchen, wobei insbesondere die Frage der Mischehe interessierte. Dieses Problem, das wegen der Zunahme der Mischehen seit dem letzten Weltkrieg in den beiden großen Kirchen immer mehr an Aktualität gewonnen hat, ist mit fortschreitender Vermischung der Konfessionen auch für die breite Öffentlichkeit von großem Interesse. Zwar liefert die jährliche Heiratsstatistik Hinweise über das Ansteigen der Mischehen. Unterlagen über Zahl und Struktur der bestehenden Ehen und damit über das Ausmaß konfessionell gemischter Ehen vermag jedoch nur eine Volkszählung zu liefern. Im Rahmen des Zensus von 1961 war untersucht worden, inwieweit die konfessionell gemischten Ehen eine Folge der Wanderungsbewegungen nach dem zweiten Weltkrieg und der Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen gewesen sind, und inwieweit auch unter der einheimischen Bevölkerung die Eheschließung zwischen Partnern verschiedener Konfession voranschreitet. Die Ergebnisse wiesen erwartungsgemäß aus, daß der Anteil der konfessionell gemischten Ehen bei Ehepaaren, von denen einer Vertriebenen oder Flüchtling, der andere einheimisch war, erheblich höher lag als bei Ehepaaren, die beide die Flüchtlings- bzw. Vertriebeneneneigenschaft besaßen oder beide einheimisch waren¹⁾. Dieser Zusammenhang gewinnt zunehmend an Relevanz, weil nun schon die zweite, voll integrierte Generation der Flüchtlinge im heiratsfähigen Alter ist. Allerdings ist es kaum mehr möglich, ihn zahlenmäßig darzustellen, denn je mehr sich die Flüchtlinge und Vertriebenen integrieren, um so schwieriger wurde es, sie und vor allem ihre Kinder und Kindeskinde als eigene Bevölkerungsgruppe im Zensus zu eliminieren.

Für die Darstellung der konfessionellen Gliederung der Ehepaare ist im Hinblick darauf, daß 96,4% der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz den beiden großen christlichen Kirchen angehören, die tabellarische Kurzfassung der Religionszugehörigkeit in evangelisch, katholisch und sonstig von ausreichender Aussagekraft. Der Ausweis aller nach dem ausführlichen Konfessionskatalog möglichen Kombinationen hätte die Tabellen zu unübersichtlich gemacht. Als konfessionell nicht gemischte Ehen gelten Ehen zwischen evangelischen und Ehen zwischen katholischen Christen. Ehen unter evangelischen Partnern gelten auch dann nicht als Mischehen, wenn einer den in der Evangelischen Kirche Deutschlands zusammengeschlossenen Kirchen, der andere einer evangelischen Freikirche angehört. Da die Restgruppe der Sonstigen alle Personen umfaßt, die sich nicht zu den beiden großen christlichen Kirchen bekennen, sind dort sowohl die Angehörigen aller übr-

gen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (zum Beispiel der Ostkirchen, der christlich orientierten Sondergemeinschaften, des Islam, des Buddhismus) als auch die Gemeinschaftslosen zusammengefaßt. So wäre auch die Ehe zwischen einem Gemeinschaftslosen und einer Altkatholikin oder zwischen einem Griechisch-Orthodoxen und einer Bibelforscherin in dem Sinn dieser Terminologie keine Mischehe. Konfessionell gemischte Ehen in dem hier verstandenen Sinne sind Ehen zwischen einem evangelischen und einem katholischen Christen und Ehen, bei denen der eine Ehepartner entweder evangelisch oder katholisch, der andere gemeinschaftslos ist oder einer anderen Gemeinschaft als den beiden großen christlichen Kirchen angehört.

Jede fünfte ist eine konfessionell gemischte Ehe

Am 27. Mai 1970 bestanden in Rheinland-Pfalz 882 200 Ehen, darunter 863 400 Ehen zwischen deutschen Ehepartnern. Die Differenzgruppe bilden 18 800 Ehen zwischen Ausländern oder zwischen einem Ausländer und einer Deutschen. In 44 von 100 Ehen zwischen deutschen Staatsangehörigen sind beide Partner katholisch, in 34 Ehen sind beide Ehegatten evangelischen Bekenntnisses und in 2 Ehen gehören beide Ehepartner sonstigen Glaubensgemeinschaften an oder sind gemeinschaftslos. 177 000 Ehepaare leben in einer sogenannten Mischehe. Das aber bedeutet, daß jede fünfte Ehe konfessionell heterogen ist. Unter diesen Mischehen überwiegen mit 81% die Ehen zwischen katholischen und evangelischen Christen stark. Nur 33 800 Mischehen oder 19% entfallen auf solche, in denen ein Partner evangelisch oder katholisch, der andere gemeinschaftslos oder Angehöriger einer sonstigen Glaubensgemeinschaft ist.

Gliedert man die Zahl der bestehenden deutschen Ehen nach Eheschließungsjahresgruppen, so ergibt sich, daß der Anteil der konfessionell homogenen Ehen bei den Ehepaaren, die schon 1935 oder früher verheiratet gewesen sind, mit 86,3% sehr viel höher und dementsprechend der Anteil der Mischehen (13,6%) sehr viel niedriger liegt als bei Ehepaaren, deren Eheschließung später erfolgte. Die durch den Krieg bewirkten Bevölkerungsverschiebungen ließen in den während der Kriegsjahre von 1941 bis 1945 geschlossenen Ehen den Anteil der Mischehen auf 22,5% ansteigen. Nach einem vorübergehenden Absinken des Anteils der Mischehen in den folgenden Jahren erhöhte er sich kontinuierlich, nachdem sich auch Rheinland-Pfalz der Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen geöffnet hatte. Von den Ehen, die in der Zeit von 1961 bis 1965 eingegangen worden sind, ist bereits jede vierte eine Mischehe.

¹⁾ Statistisches Bundesamt, Fachserie A, Bevölkerung und Kultur, Heft 20, Religionszugehörigkeit in Familien, S. 24. W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz 1961.

Heiratsalter Eheschließungsjahr	Ins- gesamt	Mann und Frau katholisch		Mann und Frau evangelisch		Mann katholisch Frau evangelisch		Mann evangelisch Frau katholisch		Sonstige	
	1 000	%		1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Heiratsalter des Mannes ¹⁾											
unter 20 Jahre	32,5	11,8	36,1	11,5	35,3	3,2	9,9	3,3	10,3	2,8	8,6
21 - 25 "	275,6	108,9	39,5	98,4	35,7	26,1	9,5	27,1	9,8	15,1	5,5
25 - 30 "	325,0	152,5	46,9	107,6	33,1	23,3	7,2	24,9	7,6	16,7	5,1
30 - 35 "	128,0	62,0	48,4	41,2	32,2	9,1	7,1	8,9	7,0	6,8	5,3
35 - 40 "	49,7	23,5	47,4	15,4	30,9	3,4	6,9	4,0	8,0	3,3	6,6
40 - 45 "	23,6	10,5	44,6	6,7	28,4	2,3	9,9	2,3	9,9	1,7	7,2
45 - 50 "	12,6	4,7	37,1	4,5	35,8	1,0	7,7	1,2	9,6	1,2	9,5
50 und mehr "	16,5	6,2	37,6	5,4	32,7	1,6	9,7	1,6	9,7	1,7	10,3
Insgesamt	863,4	380,1	44,0	290,6	33,7	69,9	8,1	73,4	8,5	49,4	5,7
Heiratsalter der Frau ¹⁾											
unter 20 Jahre	124,5	44,8	36,0	45,3	36,4	13,3	10,7	13,1	10,5	8,0	6,4
21 - 25 "	396,1	172,6	43,6	138,6	35,0	31,2	7,9	33,2	8,4	20,5	5,2
25 - 30 "	219,4	107,7	49,1	68,7	31,3	14,7	6,7	16,0	7,3	12,2	5,6
30 - 35 "	70,6	33,2	47,0	21,4	30,3	5,7	8,1	5,9	8,4	4,5	6,4
35 - 40 "	27,7	12,3	44,4	8,5	30,6	2,5	8,8	2,5	8,8	2,0	7,2
40 - 45 "	13,0	5,0	38,7	4,2	31,9	1,4	10,8	1,4	10,5	1,1	8,5
45 - 50 "	6,2	2,4	38,1	2,1	33,1	0,5	8,7	0,8	12,1	0,5	8,1
50 und mehr "	5,9	2,3	38,9	1,9	32,2	0,7	11,9	0,6	10,2	0,7	11,9
Insgesamt	863,4	380,1	44,0	290,6	33,7	69,9	8,1	73,4	8,5	49,4	5,7
Eheschließungsjahr											
1970 - 1966	97,4	38,9	39,9	29,2	30,0	11,5	11,8	12,4	12,7	5,4	5,5
1965 - 1961	125,1	55,2	44,1	37,6	30,0	12,6	10,1	13,3	10,7	6,4	5,1
1960 - 1956	126,7	57,6	45,4	40,1	31,7	11,4	9,0	11,5	9,1	6,3	5,0
1955 - 1951	120,9	55,4	45,8	39,0	32,3	9,8	8,1	10,1	8,4	6,7	5,5
1950 - 1946	115,9	51,2	44,1	40,7	35,1	8,3	7,2	8,8	7,6	7,0	6,0
1945 - 1941	56,3	23,2	41,1	19,3	34,2	4,8	8,5	5,5	9,7	3,7	6,6
1940 - 1936	67,3	31,3	46,5	23,5	35,0	4,2	6,2	4,4	6,6	3,8	5,6
1935 und früher	153,9	67,5	43,8	61,2	39,7	7,4	4,8	7,4	4,8	10,5	6,8
Insgesamt	863,4	380,1	44,0	290,6	33,7	69,9	8,1	73,4	8,5	49,4	5,7

1) Differenz zwischen Geburtsjahr und Eheschließungsjahr.

Nur noch 7 von 10 Paaren, die zwischen 1966 und 1970 heirateten, sind gleichermaßen evangelisch, katholisch oder sonstigen Bekenntnisses. Mit einem Anteil von 29% ist mehr als jede vierte, fast schon jede dritte neugeschlossene Ehe konfessionell gemischt. Demgegenüber trifft das bei den 1970 noch bestehenden Ehen, die 1935 oder früher geschlossen worden waren, nur auf jede siebente Ehe zu. Somit hat sich in dem Zeitraum von 1935 bis 1970 der Anteil der Mischehen mehr als verdoppelt.

Bei dieser zeitlichen Betrachtung ist jedoch zu berücksichtigen, daß zwar bei den Ehen, deren Eheschließungsjahr noch nicht sehr weit zurückliegt, die Religionszugehörigkeit der Ehepartner am Zählungstichtag weitgehend mit derjenigen zum Zeitpunkt der Heirat übereinstimmen wird, während bei den lange bestehenden Ehen wegen zwischenzeitlich erfolgter Kirchenaus- und -übertritte diese Übereinstimmung nicht mehr in gleicher Weise gegeben ist. Da Kirchenausstritte in fortgeschrittenem Alter häufiger sind als in jungen Jahren, ist anzunehmen, daß mit zunehmender Ehedauer aus ursprünglich konfessionell homogenen Ehen konfessionell gemischte oder aus ursprünglich konfessionell gemischten Ehen solche Verbindungen werden, in denen beide Ehepartner den sonstigen Bekenntnissen zuzurechnen sind. So liegt der Anteil der Ehen, in denen kein Ehepartner einer christlichen Gemeinschaft angehört, bei den vor 1935 und früher geschlossenen Ehen fast dreimal so hoch wie bei denen, deren Eheschließungsjahr in die Zeit von 1966

bis 1970 fällt. Ebenso sind von den vor 1936 und in der Zeit von 1941 bis 1950 geschlossenen Ehen solche, in denen ein Partner christlichen, der andere sonstigen Bekenntnisses ist, relativ häufiger als unter den jüngeren Ehen, wenn man von den nach 1966 geschlossenen Ehen absieht.

Die regionale Betrachtung der konfessionellen Gliederung der Ehen ist vor allem im Hinblick auf die Mischehen interessant; denn für die konfessionell homogenen Ehen leitet sich die Dominanz eines der beiden christlichen Bekenntnisse aus der konfessionellen Gliederung der Gesamtbevölkerung her. Für die regionale Betrachtung ist der Katalog der religiösen Gruppen allerdings insoweit eingeschränkt, als unter dem Begriff sonstige Ehen wegen zu geringer Fallzahlen in der 10%-Stichprobe alle Ehen zusammengefaßt werden, die nicht konfessionell homogen oder christliche Mischehen sind; das heißt, es werden die Ehen, in denen beide Partner gemeinschaftslos oder sonstigen Bekenntnisses sind, mit den Mischehen, in denen ein Partner christlich ist, der andere keiner der beiden großen christlichen Kirchen angehört, zusammen nachgewiesen. Deshalb muß sich die Betrachtung der Häufigkeit von Mischehen in diesem Falle auf die Ehen zwischen Katholiken und Protestanten beschränken.

Im Durchschnitt aller Kreise ist jede sechste bestehende Ehe eine Ehe zwischen einem katholischen und einem evangelischen Ehepartner. In 6 der 38 Verwaltungsbezirke des Landes bleibt der Anteil

Ehepaare nach Religionszugehörigkeit in den Verwaltungsbezirken 1970

Verwaltungsbezirk	Ins- gesamt	Mann und Frau katholisch		Mann und Frau evangelisch		Mann katholisch Frau evangelisch		Mann evangelisch Frau katholisch		Sonstige	
	1 000	%		1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Kreisfreie Stadt											
Koblenz	28,9	17,1	59,2	4,5	15,6	2,6	9,0	2,9	9,9	1,8	6,4
Landkreise											
Ahrweiler	24,8	18,9	76,2	2,1	8,5	1,2	4,8	1,3	5,4	1,3	5,3
Altenkirchen (Ww.)	29,3	13,9	47,4	11,4	38,9	1,4	4,7	1,6	5,3	1,0	3,6
Bad Kreuznach	35,4	9,1	25,7	17,1	48,3	3,3	9,4	3,3	9,4	2,6	7,3
Birkenfeld	23,1	3,1	13,4	15,1	65,4	1,8	7,8	1,5	6,6	1,6	6,7
Cochem-Zell	15,3	13,1	85,6	0,6	3,9	0,6	4,1	0,7	4,5	0,4	2,6
Mayen-Koblenz	44,9	34,1	75,9	3,2	7,1	2,3	5,1	2,8	6,2	2,5	5,6
Neuwied	36,7	18,4	50,1	10,4	28,3	2,8	7,7	3,2	8,6	1,9	5,3
Oberwesterwaldkreis	19,3	7,4	38,3	8,9	46,1	0,8	4,3	1,1	5,6	1,1	5,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	20,7	9,7	46,9	7,4	35,7	1,2	5,8	1,3	6,5	1,0	4,9
Rhein-Lahn-Kreis	29,4	7,0	23,8	15,3	52,0	2,7	9,2	2,6	8,7	1,8	6,2
Unterwesterwaldkreis	21,0	14,1	67,1	3,4	16,2	1,2	5,9	1,4	6,7	0,9	4,1
Reg. Bez. Koblenz	328,9	166,0	50,5	99,3	30,2	22,1	6,7	23,6	7,2	18,0	5,5
Kreisfreie Stadt											
Trier	23,6	17,5	74,2	1,5	6,4	1,4	5,8	1,6	6,9	1,6	6,7
Landkreise											
Bernkastel-Wittlich	24,9	17,8	71,5	4,5	18,1	1,1	4,2	1,1	4,5	0,5	1,9
Bitburg-Prüm	20,7	18,6	89,9	0,5	2,4	0,2	1,2	0,6	2,7	0,7	3,6
Daun	13,1	11,4	87,0	0,6	4,6	0,2	1,8	0,4	3,4	0,4	3,3
Trier-Saarburg	26,3	23,1	87,8	0,6	2,3	0,7	2,7	0,9	3,5	1,0	3,6
Reg. Bez. Trier	108,6	88,4	81,4	7,7	7,1	3,6	3,3	4,7	4,3	4,2	3,9
Kreisfreie Städte											
Frankenthal (Pfalz)	10,2	2,3	22,5	4,1	40,2	1,4	14,0	1,3	12,9	1,0	10,2
Kaiserslautern	24,6	5,0	20,3	11,5	46,7	2,9	11,8	3,3	13,4	1,9	7,6
Landau i. d. Pfalz	7,1	2,3	32,4	2,7	38,0	1,0	13,7	0,9	12,3	0,3	4,4
Ludwigshafen a. Rhein	43,1	11,0	25,5	15,8	36,7	5,7	13,1	5,8	13,5	4,8	11,2
Mainz	41,3	15,2	36,8	10,1	24,5	5,0	12,2	5,6	13,5	5,4	13,2
Neustadt a. d. Weinstr.	12,5	3,8	30,4	5,1	40,8	1,5	12,0	1,4	11,3	0,7	5,6
Pirmasens	13,7	2,6	19,0	6,3	46,0	2,0	14,9	2,0	14,8	0,7	5,3
Speyer	10,1	3,4	33,7	3,4	33,7	1,3	12,6	1,4	13,8	0,6	5,6
Worms	19,2	3,9	20,3	8,5	44,3	2,4	12,7	2,4	12,4	2,0	10,2
Zweibrücken	8,2	1,4	17,1	4,2	51,2	1,0	12,1	1,1	13,1	0,5	6,0
Landkreise											
Alzey-Worms	23,8	3,6	15,1	14,3	60,1	2,4	10,2	2,0	8,2	1,6	6,5
Bad Dürkheim	29,0	6,7	23,1	15,1	52,1	2,8	9,6	2,4	8,3	2,0	7,0
Donnersbergkreis	16,1	2,5	15,5	10,2	63,4	1,5	9,0	1,4	8,8	0,6	3,8
Germersheim	22,3	12,2	54,7	6,1	27,4	1,5	6,9	1,6	7,0	0,8	3,7
Kaiserslautern	22,3	8,0	35,9	10,1	45,3	1,8	8,1	1,8	7,8	0,7	3,3
Kusel	20,8	2,9	13,9	14,9	71,6	1,2	6,0	1,1	5,5	0,7	3,4
Landau-Bad Bergzabern	24,3	9,8	40,3	8,5	35,0	1,9	7,7	2,0	8,3	2,1	8,7
Ludwigshafen	31,0	12,5	40,3	10,4	33,5	2,9	9,5	2,9	9,5	2,2	7,2
Mainz-Bingen	37,1	14,7	39,6	11,9	32,1	4,1	11,1	3,6	9,8	2,8	7,5
Pirmasens	19,9	9,0	45,2	7,3	36,7	1,6	7,8	1,5	7,4	0,5	2,7
Zweibrücken	8,1	2,4	29,6	4,7	58,0	0,4	5,0	0,5	5,7	0,2	2,6
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	444,7	135,2	30,4	185,0	41,6	46,4	10,4	45,9	10,3	32,3	7,3
Rheinland-Pfalz	882,2	389,6	44,2	292,0	33,1	72,0	8,2	74,2	8,4	54,4	6,2
Kreisfreie Städte	242,5	85,5	35,3	77,7	32,0	28,2	11,6	29,7	12,2	21,3	8,8
Landkreise	639,7	304,1	47,5	214,3	33,5	43,8	6,8	44,5	7,0	33,1	5,2

christlicher Mischehen unter 10%, in 21 bewegt er sich zwischen 10 und 20% und in 11 geht er über 20% hinaus.

Christliche Mischehen in den Städten häufiger als auf dem Lande

In den Landkreisen stellt sich mit durchschnittlich 13,8% der Anteil der christlichen Mischehen jedoch erheblich niedriger als in den kreisfreien Städten (23,8%). Das ist sicher zu einem gewissen Teil auf die in den Städten gegenüber den ländlichen Gebieten weiter fortgeschrittene Egalisierung der konfessionellen Relationen zurückzuführen. Es kommt aber hinzu, daß die Anonymität der großen Städte dem einzelnen bei der Partnerwahl weniger Rücksichtnahme auf seine Umgebung auferlegt als das insbesondere in konfessionell homogenen ländlichen Gebieten auch heute noch der Fall ist.

In den kreisfreien Städten des nördlichen Landesteils, in dem das katholische Element stärker dominiert als das evangelische im südlichen Teil des Landes, sind Ehen zwischen Protestanten und Katholiken wesentlich seltener als in denen des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz. Die Anteilswerte der Städte Koblenz und Trier markieren mit 12,7 bzw. 18,9% die unteren Grenzwerte. Wenn in der Stadt Pirmasens demgegenüber 29,7% der bestehenden Ehen christliche Mischehen sind, so ist damit die Spannweite des unterschiedlichen Häufigkeitsgrades innerhalb des städtischen Bereiches aufgezeigt. Dennoch liegt in den Städten Koblenz und Trier der Anteil der zwischen Katholiken und Protestanten geschlossenen Ehen höher als in den Landkreisen der jeweiligen Regierungsbezirke.

Die Vermutung, daß in den kreisfreien Städten konfessionell gemischte Ehen relativ häufiger geschlossen werden als auf dem Land, wird erhärtet, wenn man den auf Mischehen entfallenden Anteilssatz einer kreisfreien Stadt mit dem eines Landkreises vergleicht, in dem ein nahezu gleicher Konfessionsproporz gegeben ist. In der Stadt Speyer und im Landkreis Ludwigshafen sind gleichermaßen etwa 50% der Bevölkerung katholisch und 45%

evangelisch; dennoch bemißt sich in der Stadt Speyer der Anteil der Mischehen zwischen Katholiken und Protestanten auf 26,4%, im Kreis Ludwigshafen aber nur auf 19%. Die Wohnbevölkerung der Stadt Pirmasens ist ebenso wie die des Kreises Bad Dürkheim zu etwas mehr als 34% katholisch und zu 61,9 bzw. 61,3% evangelisch. In Pirmasens leben 29,7% der Ehepaare in einer christlichen Mischehe, im Kreis Bad Dürkheim jedoch nur 17,9%. Entsprechendes gilt für die Stadt Mainz und den Rhein-Hunsrück-Kreis, die Stadt Kaiserslautern und den Rhein-Lahn-Kreis, die Stadt Frankenthal und den Kreis Bad Kreuznach sowie für die Stadt Zweibrücken und den sie umgebenden Landkreis.

Innerhalb des ländlichen Bereichs sind Ehen zwischen Katholiken und Protestanten in konfessionell homogenen Gebieten am seltensten, so in den Trierer Kreisen, in den Kreisen Cochem-Zell und Mayen-Koblenz, wo eine starke katholische Mehrheit besteht, und im Kreis Kusel, wo die evangelische Bevölkerung erheblich dominiert. In diesen Gebieten geht der Anteil der christlichen Mischehen über 11,5% aller Ehen nicht hinaus. Auffallend gering ist deren Anteilswert mit 9,9% allerdings auch im Oberwesterwaldkreis, wo die beiden großen Konfessionen unter der Bevölkerung fast paritätisch vertreten sind. Am verbreitetsten ist die konfessionell gemischte Ehe außer in den Kreisen Ludwigshafen und Mainz-Bingen dort, wo die Bevölkerung zwar überwiegend evangelisch ist, diese Dominanz aber nicht zu stark ausgeprägt ist.

Nahezu für alle Landkreise ergibt sich die bezeichnende Tatsache, daß in Mischehen häufiger der Mann als die Frau der jeweiligen religiösen Minderheit angehört. So sind in den von einer katholischen Majorität geprägten Kreisen solche Ehen, in denen der Mann evangelisch, die Frau katholisch ist, häufiger als Ehen, in denen umgekehrt der Mann katholisch und die Frau evangelisch ist. Ebenso überwiegen in den evangelisch strukturierten Kreisen solche Mischehen, in denen der Mann zur katholischen Minderheit zählt.

Dr. G. Nellesen-Schumacher

Soziale Struktur der Arbeiter im Oktober 1972

Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich

Für den Monat Oktober und das Jahr 1972 wurde eine Gehalts- und Lohnstrukturerhebung (GLS) in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich durchgeführt, nachdem bereits 1951, 1957, 1962 und 1966 Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen im Bundesgebiet stattgefunden hatten. Rechtsgrundlage der Erhebung für 1972 bildet das Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (BGBl. I S. 429) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 4. August 1971 (BGBl. I S. 1217) in Verbindung mit der Vierten Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik vom 24. April 1972 (BGBl. I S. 729). Da, wie schon frühere Erhebungen, auch die GLS 1972 zugleich für

Zwecke der EWG durchgeführt wurde, galt außerdem die EWG-Verordnung Nr. 2395/71 des Rates vom 8. November 1971 zur Durchführung einer Erhebung über Struktur und Verteilung von Löhnen und Gehältern in der Industrie.

Auch die Erhebung für 1972 soll die Ergebnisse der laufenden vierteljährlich im Lohnsummenverfahren durchzuführenden Verdiensterhebungen in Industrie und Handel hinsichtlich bestimmter Merkmale und Sachverhalte für jeden einzelnen Arbeitnehmer ergänzen, da das Summenverfahren für einen genaueren Einblick in die Gehalts- und Lohnstruktur nicht ge-

Leistungsgruppe	Arbeiter					Arbeiterinnen		
	ins-gesamt	Energie-wirtschaft	verarbeitendes Gewerbe		Bau-gewerbe	ins-gesamt	verarbeitendes Gewerbe	
			zusammen	chemische Industrie			zusammen	chemische Industrie
%								
Oktober 1966								
Leistungsgruppe 1	50,1	80,8	48,3	47,7	62,7	8,1	8,1	4,2
Leistungsgruppe 2	35,5	17,2	37,5	49,1	16,5	42,6	42,6	40,9
Leistungsgruppe 3	14,4	2,0	14,2	(3,2)	20,8	49,3	49,3	54,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Oktober 1972								
Leistungsgruppe 1	57,9	89,8	54,4	54,2	67,2	9,1	9,0	(5,3)
Leistungsgruppe 2	29,7	9,5	34,0	43,1	16,9	44,0	44,2	59,8
Leistungsgruppe 3	12,4	.	11,6	2,7	15,9	46,9	46,8	34,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

eignet ist. Das Gesetz bestimmt, daß in Abständen von drei bis sechs Jahren Sondererhebungen über Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten nach dem Individualverfahren durchzuführen sind. Dabei ist insbesondere die Gliederung der Arbeitnehmer nach Art der Tätigkeit sowie nach Alter und Geschlecht zu berücksichtigen. Für Arbeiter ist ferner die Ermittlung von Arbeitszeiten und Arbeitsverdiensten, getrennt nach Zeit- und Leistungslohn, vorgeschrieben. Wichtige Erhebungsmerkmale, die 1966 noch nicht erhoben worden sind, waren der gesonderte Nachweis der insgesamt im Bruttojahresverdienst enthaltenen einmaligen Zahlungen und die Zahl der zustehenden Urlaubstage. Demgegenüber wurde 1972 ein gesonderter Nachweis der Weihnachtsg Gratifikation nicht mehr verlangt. Auch die Erhebungsmerkmale Familienstand und Kinderzahl entfielen.

Der Erhebung lag die Methode einer optimal geschichteten Stichprobe zugrunde. Die Auswahl erfolgte wieder zweistufig, indem einmal nur eine bestimmte Zahl von Betrieben und in den Betrieben wiederum nur ein Teil der Arbeitnehmer einbezogen wurde. Auswahlbasis bildeten die rund 14 000 Betriebe des Erhebungsbereichs, von denen durchschnittlich fast jeder vierte in die Stichprobe gelangte. Die Zahl der erfaßten Beschäftigten konnte auf 100 000 beschränkt werden.

Da die Ergebnisse der kleineren Länder einen methodisch bedingten höheren Zufallsfehler aufweisen als die Ergebnisse der großen Bundesländer, wurde das bereits 1966 verfeinerte Auswahlverfahren für die Repräsentation der Betriebe erneut verbessert. Demnach ergab die Berechnung des Stichprobenplans der Gehalts- und Lohnstrukturhebung 1972 nach einer vorgegebenen Genauigkeitsabstufung Auswahlätze, die zwischen 10 (Nordrhein-Westfalen) und 31,1% (Schleswig-Holstein) lagen. Für Rheinland-Pfalz war damit der Stichprobenumfang 1972 mit 24,4% mehr als dreimal so groß wie 1966 (7,5%). Auswahlinheit zweiter Stufe waren die Beschäftigten in den einbezogenen Betrieben. Für die nach den Anfangsbuchstaben ihres Zunamens auszuwählenden Personen waren Buchstabengruppen vorgegeben worden.

Die nachfolgende Untersuchung über die soziale Struktur der Arbeiter beschränkt sich zunächst auf Merkmale, welche die Höhe der Verdienste beeinflussen. Eine Darstellung der sozialen Struktur der Angestellten sowie Analysen der Verdienst- und Arbeitszeitstruktur der Arbeiter und der Verdienststruktur der Angestellten werden zu gegebener Zeit folgen.

Für die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten ist wie in den früheren Erhebungen die Versicherungsart maßgebend. Als Angestellte gelten danach alle Arbeitnehmer, die angestelltenversicherungs-pflichtig sind, einschließlich derer, die unter besondere Befreiungsvorschriften fallen; Arbeiter sind alle Personen (ohne Lehrlinge), die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen. Dazu zählen wie bei den Erhebungen von 1962 und 1966 nicht nur die unmittelbar an der Produktion beteiligten Arbeiter, sondern auch beispielsweise Fahrer und Betriebshandwerker. Keine Vergleichsmöglichkeit mit früheren Erhebungsergebnissen besteht hinsichtlich der teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer, die wegen der zunehmenden Bedeutung dieses Beschäftigungsverhältnisses erstmalig ausgewiesen wurden. Dementsprechend sind die in die Aufbereitung einbezogenen Personen nach voll- und teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern gegliedert, wobei sich der überwiegende Teil der Tabellen freilich auf Angaben über den vollbeschäftigten Personenkreis bezieht.

Auch für die Ergebnisse der Erhebung von 1972 wurde das Leistungsgruppenschema zugrundegelegt. Obwohl nach wie vor gewisse Unzulänglichkeiten damit verbunden sind - seitens der Betriebe ist nicht immer die geforderte exakte Eingliederung der Beschäftigten gewährleistet -, ist das Leistungsgruppenschema noch am ehesten geeignet, Arbeitnehmer mit annähernd gleicher Qualifikation zusammenzufassen und somit Vergleiche zwischen den Wirtschaftszweigen zu ermöglichen.

Fast 60% der Arbeiter, nur knapp ein Zehntel der Arbeiterinnen sind Fachkräfte

Die Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturhebung 1972 zeigen erneut den großen Unterschied, der hinsichtlich der von männlichen und weiblichen Arbeitern ausgeübten Tätigkeiten besteht und der sich innerhalb der sechs Jahre von 1966 bis 1972 sogar noch deutlicher ausgeprägt hat. 58% der im Oktober 1972 im produzierenden Gewerbe erfaßten Arbeiter - 1966 und 1962 waren es rund die Hälfte - befanden sich als Facharbeiter in Leistungsgruppe 1, während zum Zeitpunkt der Erhebungen von 1962, 1966 und auch 1972 noch nicht für ein Zehntel der Arbeiterinnen eine entsprechende Qualifikation nachgewiesen werden konnte. Fast jede zweite im Berichtsjahr erfaßte Arbeiterin verrichtete dem-

**Arbeiter und Arbeiterinnen im produzierenden Gewerbe nach Lohnformen, Leistungsgruppen und Wirtschaftsbereichen
im Oktober 1972**

Lohnform	Ins- gesamt	Leistungsgruppe			Wirtschaftsbereich			
		1	2	3	Energie- wirtschaft	verarbeitendes Gewerbe		Bau- gewerbe
						zusammen	chemische Industrie	
	%							
Arbeiter								
Zeitlöhner	78,8	81,0	74,7	78,1	98,7	74,9	69,2	89,9
Leistungslöhner	16,2	14,7	19,9	14,7	(1,3)	20,3	30,8	4,1
Mischlöhner	5,0	4,3	5,4	7,2	-	4,8	-	6,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Arbeiterinnen								
Zeitlöhner	63,8	57,8	62,8	66,1	(100,0)	63,7	91,7	(97,0)
Leistungslöhner	25,5	30,0	25,4	24,7	-	25,6	7,9	.
Mischlöhner	10,7	12,2	11,8	9,2	-	10,7	.	-
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

gegenüber Tätigkeiten, für die eine besondere Ausbildung nicht erforderlich ist (Leistungsgruppe 3), während dies nur bei 12 von 100 Arbeitern der Fall war. Am nächsten liegen dementsprechend die Besetzungszahlen in der Leistungsgruppe 2 (angelernte Arbeitskräfte). Unter 100 Arbeiterinnen waren 44, für die eine Tätigkeit nachgewiesen werden konnte, die der Leistungsgruppe 2 entsprach. Bei den Männern traf dies für 30 von 100 Arbeitern zu.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen des Produktionssektors war die Besetzung der Leistungsgruppen recht unterschiedlich. Mit rund 90% dominierten die männlichen Facharbeiter in der Energiewirtschaft, von den übrigen der insgesamt in diesem Bereich erfaßten Arbeiter entfiel der überwiegende Teil auf Angelernte. Unter dem allgemeinen Durchschnitt waren die Facharbeiter in der verarbeitenden Industrie (54,4%) vertreten, wobei ihr Anteil in der chemischen Industrie (54,2%) nur eine geringe Abweichung zeigte. Demgegenüber lag der Anteil der Angelernten in der chemischen Industrie bei über 43, während im gesamten Produktionsbereich die Leistungsgruppe 2 nur mit knapp 30% vertreten war. Bei den Hilfsarbeitern schwankten die prozentualen Anteile an der Gesamtzahl der Arbeiter in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen zwischen 0,7 (Energie) und knapp 16% (Baugewerbe).

Demgegenüber zeigte die Zusammensetzung der weiblichen Arbeitnehmerschaft nach Leistungsgruppen und Wirtschaftsbereichen - die erfaßten Arbeiterinnen waren fast ausschließlich in der verarbeitenden Industrie beschäftigt - ein ganz anderes Bild. Insgesamt hat sich der Anteil der Angelernten von knapp 43 (1966) auf 44% erhöht, während Leistungsgruppe 3 von 49 auf 47% zurückging. In der chemischen Industrie verschoben sich dagegen die Anteile der beiden unteren Leistungsgruppen beträchtlich. Von 100 Arbeiterinnen waren im Berichtsjahr fast 60 (1966: 41) mit Arbeiten beschäftigt, die eine gewisse Ausbildung erforderten, während nur noch ein gutes Drittel (1966: 55%) der Arbeiterinnen auf Leistungsgruppe 3 entfiel.

Der in sämtlichen Industriezweigen - vor allem bei den Männern - seit 1966 verstärkt zu beobachtende Trend zu qualifizierterer Ausbildung dürfte in starkem Maß auf die fortschreitende Rationalisierung und Mechanisierung in den Betrieben zurückzuführen sein, die eine entsprechende Ausbildung der Arbeitskräfte erfordert. Daß nach wie vor auch Bedenken hinsichtlich der geforderten exakten Eingliederung ihre Berechtigung haben, wurde bereits erwähnt.

80 von 100 Arbeitern im Zeitlohn beschäftigt

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen unterscheiden Zeitlohn, Leistungslohn und Mischlohn. Als Zeitlöhner gelten Arbeitskräfte, die während der Erhebungszeit ausschließlich im Stundenlohn beschäftigt waren, als Leistungslöhner die ausgesprochenen Akkordarbeiter. Mischlöhner waren während des Erhebungszeitraumes teils als Leistungslöhner, teils als Stundenlöhner eingesetzt. Diese Gruppierung ermöglichte den Betrieben eine eindeutige Zuordnung.

Die Mehrzahl der männlichen Arbeiter (79%) stand auch im Oktober 1972 im Zeitlohn, 16% erhielten Leistungslohn, und 5 von 100 wurden nach einem gemischten oder anderen System entlohnt. Demgegenüber arbeiteten Frauen relativ häufiger als die Männer im Leistungslohn (26%) und entsprechend weniger (64%) im Zeitlohn. 10 von 100 Frauen waren sowohl im Zeit- als auch im Lei-

Arbeiter und Arbeiterinnen der höchsten tarifmäßigen Altersstufe
nach Altersgruppen im Oktober 1962, 1966 und 1972

Altersgruppe	Arbeiter			Arbeiterinnen		
	1962 ¹⁾	1966 ¹⁾	1972 ²⁾	1962 ¹⁾	1966 ¹⁾	1972 ²⁾
	%					
21 - 30 Jahre	30,7	24,9	20,7	43,2	30,9	26,1
30 - 45 "	35,9	42,7	48,4	34,1	36,8	36,5
45 - 55 "	17,1	15,4	18,3	15,6	19,9	26,5
55 und mehr "	16,3	17,0	12,1	7,1	12,4	10,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Produzierendes Gewerbe, - 2) Alle erfaßten Wirtschaftszweige.

stungslohn beschäftigt. Rückläufig - bei den Männern stärker (von 21 auf 16%) als bei den Frauen (von 28 auf 26%) - war die Entwicklung der Beschäftigten im Leistungslohn seit 1966. Umgekehrt ist bei den Arbeitern die Quote der Zeitlöhner von 60% im Jahre 1962 über 72% (1966) auf fast 80% angestiegen. Offensichtlich hat sich der im Zeitraum von 1957 bis 1962 spürbare Trend zum Leistungs- und zum Mischlohn nicht durchgesetzt.

Unterschiede des Entlohnungssystems für Arbeiter und Arbeiterinnen sind auch aus einer Untersuchung der Lohnformen nach Leistungsgruppen ersichtlich. Bei den Arbeitern ist die Bedeutung des Zeitlohnes in Leistungsgruppe 1 (81%) am höchsten, bei den Arbeiterinnen ist dies in Leistungsgruppe 3 der Fall (66%). Umgekehrt haben Arbeiterinnen im Leistungslohn das stärkste Gewicht in Leistungsgruppe 1 (30%), während bei ihren männlichen Kollegen Leistungslohn häufiger bei den angelernten (20%) als bei den Fach- und ungelernten Arbeitern anzutreffen ist (je 14,7%). Offenbar eignen sich die von Arbeiterinnen zu verrichtenden Tätigkeiten in Leistungsgruppe 1 eher für eine Entlohnung im Leistungslohn als dies bei weiblichen an- und ungelernten Kräften der Fall ist (25,4 bzw. 24,7%).

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergeben sich zum Teil erhebliche Abweichungen von den ermittelten Durchschnittswerten. Leistungslöhner sind nur noch in der verarbeitenden Industrie von Bedeutung. In der chemischen Industrie ist es sogar knapp ein Drittel der dort beschäftigten männlichen Arbeiter, während ihr Anteil in der Energiewirtschaft mit 1% am geringsten ist.

Zwei von drei Arbeitern noch nicht 45 Jahre alt

Für die Untersuchung der Altersstruktur wurden, wie in den vorangegangenen Erhebungen, die unter 21 Jahre alten Arbeiter ausgeklammert, da sie im allgemeinen noch nicht die höchste tarifmäßige Altersstufe erreicht haben. Ein Vergleich mit dem Personenkreis der teilzeitbeschäftigten Arbeiter ist deshalb nicht ohne weiteres möglich, weil bei den Teilzeitbeschäftigten auch unter 21jährige, die bereits die höchste tarifmäßige Altersstufe erreicht haben, einbezogen sind.

Wie 1962 und 1966 gehörten etwas mehr als zwei Drittel der Arbeiter den Altersgruppen unter 45 Jahren an, bei den Arbeiterinnen waren es nicht ganz zwei Drittel. Der Anteil der 45- bis 55jährigen männlichen Arbeiter, der 1966 auf etwa 15% zurückgegangen war - in diese Altersgruppe fielen damals die geburtenschwachen Jahrgänge des ersten Weltkrieges, die durch den zweiten noch dezi-

Teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen der höchsten tarifmäßigen Altersstufe in allen erfaßten Wirtschaftszweigen nach Leistungs- und Altersgruppen im Oktober 1972

Leistungsgruppe	Altersgruppe von ... Jahren				
	unter 30	30	45	55	65 und mehr
		45	55	65	
%					
Arbeiter					
Leistungsgruppe 1
Leistungsgruppe 2	.	(21,2)	(17,8)	(18,5)	(31,5)
Leistungsgruppe 3	.	.	.	(22,0)	(36,9)
Insgesamt	(10,1)	22,2	13,6	20,6	33,5
Arbeiterinnen					
Leistungsgruppe 1	(18,9)	61,0	(14,1)	.	.
Leistungsgruppe 2	16,3	51,7	22,7	7,7	.
Leistungsgruppe 3	12,3	46,7	27,0	12,0	(2,0)
Insgesamt	14,4	49,7	24,4	9,7	(1,8)

miert wurden - hat sich auf rund 19% erhöht, der der 30- bis 45jährigen von 43 auf 48%.

Bei den Arbeiterinnen fällt auf, daß zwischen 1966 und 1972 nur bei den 45- bis 55jährigen eine relative Steigerung zu verzeichnen ist. Deren Anteil erhöhte sich um fast 7 Prozentpunkte auf rund 27%. Rückläufig - sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Arbeitern - waren die Anteile der 1972 älter als 55 und jünger als 30 Jahre alten Personen. Auch für diese Veränderungen dürften vor allem geringere Geburtenziffern ausschlaggebend sein.

Altersstruktur der Teilzeitbeschäftigten

Bei den Teilzeitbeschäftigten - rund 90% waren Arbeiterinnen - sind erheblichere Unterschiede zwischen den entsprechenden Anteilen männlicher und weiblicher Arbeiter festzustellen. Es überrascht nicht, daß die Hälfte aller erfaßten teilzeitbeschäftigten Arbeiterinnen auf die Altersgruppe der 30- bis 45jährigen entfällt, während sich nur 22 von 100 Männern in dieser Gruppe befinden. Das gleiche gilt für die Altersgruppe der 45- bis 55jährigen. Hier ist der Anteil bei den Männern etwa halb so hoch (13,6%) wie der entsprechende Prozentsatz bei den Frauen (24,4%). Demgegenüber beträgt der Anteil derjenigen Frauen, die 55 bis 65 Jahre alt bzw. älter sind, nur noch 10 bzw. 2%, während bei den Männern ein ausgeprägtes Interesse an der Teilzeitbeschäftigung gerade im höheren Lebensalter sichtbar wird. Von 100 Arbeitern ist jeder fünfte 55 bis 65 Jahre alt und jeder dritte sogar noch älter.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Baulandmarkt 1973

Die erste statistische Erfassung des Grundbesitzwechsels durch das Statistische Reichsamt erfolgte für die Jahre 1927 bis 1938. Für eine laufende Beobachtung des Grundstücksmarktes entfielen jedoch durch die Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen im Jahr 1936 die Voraussetzungen. Dieser sogenannte Preisstopp wurde 1952 im Bereich des Grundstücks-

markts zwar zunächst nur für bebaute Grundstücke aufgehoben, doch genehmigten die Preisbehörden in der Folgezeit auch für unbebaute Grundstücke vielfach Kaufpreise, die von den Stopp-Preisen des Jahres 1936 erheblich abwichen. Mit dem Bundesbaugesetz von 1960 (BGBl. I S. 341) kam es zur Aufhebung der Preisfestsetzung für den Grundstücksverkehr und da-

Jahr	Ins- gesamt	Verän- derung zum Vorjahr in %	Bau- reifes Land	Roh- bau- land	Indu- strie- land	Land für Ver- kehrs- zwecke	Frei- flächen
Kauffälle							
1962	12 787	-	7 474	4 297	395	509	112
1963	11 548	- 9,7	5 950	4 265	398	847	88
1964	12 702	10,0	6 927	4 628	400	635	112
1965	12 480	- 1,7	8 115	3 244	452	532	137
1966	11 555	- 7,4	8 208	2 452	328	438	129
1967	9 600	- 16,9	7 207	1 479	230	559	125
1968	10 846	13,0	7 532	1 800	308	1 018	188
1969	11 886	9,6	8 094	2 152	677	781	182
1970	12 409	4,4	8 446	2 278	670	805	210
1971	14 183	14,3	9 353	3 201	459	945	225
1972	15 515	9,4	10 175	3 605	449	935	351
1973	13 436	- 13,4	9 103	2 757	399	982	195
Fläche (1 000 qm)							
1962	15 706	-	6 273	6 475	2 201	597	160
1963	13 298	- 15,3	5 114	5 955	1 103	942	184
1964	14 672	10,3	5 583	6 209	1 744	946	190
1965	15 411	5,0	7 131	5 695	2 012	367	206
1966	13 954	- 9,5	7 217	4 591	1 407	474	265
1967	10 215	- 26,8	5 772	2 700	849	708	186
1968	11 507	12,6	6 244	2 816	1 045	1 079	323
1969	14 250	23,8	6 908	3 429	2 670	911	332
1970	14 632	2,7	7 181	3 946	2 298	732	475
1971	17 795	21,6	8 583	5 166	2 360	1 199	487
1972	19 156	7,6	9 698	5 521	2 956	517	464
1973	15 403	- 19,6	7 892	4 688	1 700	752	371
Preis je qm (DM)							
1962	8,43	-	10,77	7,51	5,02	6,79	5,96
1963	9,69	14,9	12,15	8,65	7,92	6,34	3,61
1964	10,92	12,7	14,01	10,58	6,30	4,55	5,41
1965	12,48	14,3	15,66	11,21	6,10	9,15	5,58
1966	13,45	7,8	16,01	12,19	7,76	7,91	5,58
1967	14,06	4,5	17,87	9,64	11,03	5,95	4,66
1968	16,52	17,5	21,44	11,58	12,00	7,47	9,46
1969	16,60	0,5	23,99	11,29	8,89	6,70	6,58
1970	17,86	7,6	22,34	16,57	9,86	12,18	8,21
1971	20,12	12,7	24,45	20,85	10,11	9,30	11,30
1972	23,29	15,8	27,64	24,61	9,61	12,72	15,69
1973	25,33	8,8	28,59	24,89	19,19	10,64	19,41

mit zur vollen Integration des Grundstücksmarktes in das System der Sozialen Marktwirtschaft. Da die gesetzlichen Voraussetzungen für die statistische Erfassung bereits im Gesetz über die Preisstatistik von 1958 (BGBl. I S. 605) gegeben waren, stand der Aufnahme der Baulandpreisstatistik nichts mehr im Wege. In dieser Statistik werden unbebaute Grundstücke erfasst, die im Baugebiet einer Gemeinde liegen, und deren Kaufwert 200 DM und mehr beträgt. Es ist nicht möglich, auch die bebauten Grundstücke mit einzubeziehen, da die Kaufverträge im allgemeinen keine Aufteilung zwischen dem für Grund und Boden und dem für Gebäude oder Gebäudereste gezahlten Kaufpreis enthalten.

Zahl der Verkaufsfälle rückläufig

Der in den vergangenen Jahren zu beobachtende stetige Anstieg der Baulandverkäufe wurde 1973 unterbrochen. Ein Grund hierfür kann die allgemeine wirtschaftliche Situation mit den damit verbundenen Unsicherheiten in verschiedenen Bereichen gewesen sein; Käufer von Grundstücken hielten sich wegen der im Berichtsjahr anhaltenden Hochzinspolitik der Bundesbank zurück. Eine andere Ursache könnte die Aussetzung der Steuerbegünstigungen für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Eigentumswohnungen (7 b-Abschreibung) sein, für die Baugenehmigungsanträge nach dem 9. Mai 1973 gestellt wurden.

Insgesamt wechselten 1973 in Rheinland-Pfalz 13 436 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 15,4 Mill. qm und einem Verkaufswert von 390 Mill. DM den Eigentümer. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Fälle um 13% ab, die umgesetzte Fläche um knapp 20% und der erzielte Erlös um 12%. Verglichen mit den Ergebnissen seit 1962 lagen die Verkaufsfälle nach den beiden Vorjahren noch an dritter Stelle, die transferierte Fläche hingegen nur auf Rang fünf. In den letzten zwölf Jahren meldeten die Finanzämter damit insgesamt rund 149 000 Verkaufsfälle mit einer Fläche von 176 Mill. qm, die einen Gegenwert von knapp 2,8 Mrd. DM darstellen.

Von den in dieser Statistik unterschiedenen Baulandarten verminderte sich im Berichtsjahr die Zahl der Fälle bei baureifem Land und Industrieland um je 11%, bei Rohbauland um 24% und bei Freiflächen sogar um 44%. Eine geringe Zunahme wies Land für Verkehrszwecke auf (+ 5%), das hinsichtlich der veräußerten Fläche sogar eine Zunahme um 46% verzeichnen konnte. Alle anderen Baulandarten mußten flächenmäßige Einbußen hinnehmen, die von — 15% beim Rohbauland bis zu — 43% beim Industrieland reichten.

Der allgemein anhaltende Preisanstieg, der auch vor den Baulandpreisen nicht Halt machte, bekräftigt die bereits im letzten Jahr getroffene Feststellung, daß höhere Preise im allgemeinen zu einer niedrigeren durchschnittlichen Quadratmeterzahl je Fall führen. Für alle verkauften Grundstücke errechnete sich im Vorjahr noch eine Durchschnittsgröße von 1 235 qm, im Berichtsjahr hingegen nur noch eine solche von 1 146 qm. Recht uneinheitlich war die Entwicklung bei den einzelnen Baulandarten. Die durchschnittliche Grundstücksgröße je Kauffall steigerte sich gegenüber 1972 bei Rohbauland (+ 11%), Land für Verkehrszwecke (+ 39%) und Freiflächen (+ 44%), wohingegen die Baulandart mit den meisten Verkaufsfällen, das baureife Land, einen Flächenrückgang um 9% hinnehmen mußte. Um 35% geringer war die Durchschnittsfläche bei Industrieland. Der erhebliche Einbruch bei dieser Baulandart ist sicher nicht zuletzt eine Folge der ab Anfang Mai 1973 wirksam gewordenen elfprozentigen Investitionssteuer, durch die die Investitionsnachfrage der Wirtschaft gedrosselt werden sollte, um eine weitere Eskalation des Preisanstiegs mit allen sich daraus ergebenden wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitischen Gefahren zu verhindern.

Wohngebiete in offener Bauweise bevorzugt

Von den sechs in der Statistik der Baulandpreise unterschiedenen Baugebieten liegt das Wohngebiet in offener Bauweise in bezug auf die Kauffälle eindeutig an der Spitze. Drei Fünftel aller Verkäufe entfielen auf diese Kategorie, die dabei umgesetzte Fläche erreichte einen Anteil von 57, die Verkaufssumme von 69%. An zweiter Stelle rangiert das Dorfgebiet mit je einem Drittel der Fälle und der Fläche, aber nur 15% des umgesetzten Betrages, eine Tatsache, die auf noch relativ niedrige Bodenpreise in den weiten ländlichen Bereichen des Lan-

Baugebiet	Insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauffälle	1 000 qm	1 000 DM	Kauffälle	1 000 qm	DM je qm	Kauffälle	1 000 qm	DM je qm
Geschäftsgebiet	15	12	13 334	12	12	1 110,75	-	-	-
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet	72	90	8 957	69	90	99,13	-	-	-
Wohngebiet in									
geschlossener Bauweise	205	184	7 956	196	184	43,13	-	-	-
offener Bauweise	8 137	8 722	268 473	5 402	4 606	33,09	1 878	3 469	29,70
Industriegebiet	406	1 707	32 869	5	9	16,81	4	9	11,74
Dorfgebiet	4 601	4 688	58 544	3 419	2 991	14,35	875	1 210	11,18
Insgesamt	13 436	15 403	390 133	9 103	7 892	28,59	2 757	4 688	24,89

des schließen läßt. Diese Vermutung wird auch bei Betrachtung der beiden wichtigsten Baulandkategorien bestätigt. Für baureifes Land wurden im Dorfgebiet pro Quadratmeter im Durchschnitt 14,35 DM bezahlt, hingegen im Geschäftsgebiet mit Wohngebiet 99,13 DM. Verkäufe von Rohbauland traten hier nicht auf bzw. konnten nicht vorkommen, da in diesem Baugebiet, das voll erschlossen ist, nur noch baureifes Land zur Verfügung stehen dürfte. Im Dorfgebiet betrug der Quadratmeterpreis 11,18 DM.

Natürliche Personen bei jedem zweiten Verkaufsfall Vertragspartner

Wie schon in den letzten Jahren waren nahezu bei jedem zweiten Verkaufsfall natürliche Personen die Vertragspartner (49%); ihre Anteile an der veräußerten Fläche und der Gesamtkaufsumme erreichten dagegen nur 39 bzw. 41%. Aus diesen Angaben ist ersichtlich, daß bei Kaufverträgen zwischen natürlichen Personen durchschnittlich kleinere Grundstücke zum Verkauf kamen. Eine noch stärkere Beteiligung natürlicher Personen an allen Grundstücksgeschäften ergibt sich bei Unterscheidung nach der Erwerber- und Veräußererseite. Bei gut zwei Drittel aller Kauffälle mit einem Flächenanteil von 67% erfolgte die Veräußerung durch Privatpersonen, wofür sie 262 Mill. DM erhielten; davon stammten 158 Mill. DM von natürlichen und 104 Mill. DM von juristischen Personen. Auf der Erwerberseite waren natürliche Personen mit knapp vier Fünfteln aller Kauffälle beteiligt und brachten bei einem Flächenanteil von 61% dafür 224 Mill. DM auf.

Nach den Baulandveräußerungen, die auf Kaufverträgen zwischen natürlichen Personen basierten, folgten nach der Zahl der Fälle solche zwischen natürlichen und juristischen Personen. In knapp einem Fünftel der Fälle wurde Bauland von juristischen Personen erworben; nicht ganz ein Drittel (30%) aller verkauften unbebauten Grundstücke veräußerten juristische an natürliche Personen. Betrachtet man von seiten der juristischen Personen aus die Merkmale Fläche und Kaufsumme, so verschiebt sich das Hauptgewicht von der Veräußerer- auf die Erwerberseite. 28% der Fläche und 27% der Kaufsumme entfielen auf Käufe juristischer Personen gegenüber gut einem Fünftel der Fläche und 17% der Summe bei den Verkäufen. 104 Mill. DM zahl-

ten die juristischen Personen an natürliche Personen, während sie von diesen nur 66 Mill. DM erhielten.

Die meisten Verkäufe in ländlichen Gemeinden

Die besondere Struktur des Landes mit seinen vielen Kleingemeinden spiegelt sich auch in der Statistik der Baulandverkäufe wieder. Es überrascht daher nicht, daß 45% aller Kauffälle mit einem Flächenanteil von 39% und einer Kaufsumme von 21% auf ländliche Gemeinden unter 2 000 Einwohner fielen. Allgemein ist festzustellen, daß - mit Ausnahmen - bei ansteigender Gemeindegrößenklasse die Zahl der Verkaufsfälle zurückging. Dies verwundert nicht, da in den kleineren Gemeinden noch erheblich mehr Bauland zur Verfügung steht und dieses auch zu einem weitaus günstigeren Preis zu erwerben ist als in den Mittel- und Großstädten. Die Ausnahmen betrafen - ebenso wie schon 1972 - die Kategorien 20 000 bis 50 000 Einwohner sowie Großstädte. Insgesamt entfielen auf die Gemeinden bis 10 000 Einwohner gut drei Viertel aller Ver-

Baulandverkäufe nach Veräußerern und Erwerbern 1973

Erwerber	Kauffälle	Fläche	Preis
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM
Natürliche Personen als Veräußerer			
Natürliche Personen	6 588	5 974	158 423
Juristische Personen	2 414	4 372	103 892
darunter: Gemeinden (Gv.)	1 399	1 990	29 536
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	119	484	10 356
Juristische Personen als Veräußerer			
Natürliche Personen	4 043	3 445	66 043
Juristische Personen	391	1 612	61 775
darunter: Gemeinden (Gv.)	127	315	4 955
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	51	186	5 324
darunter: Gemeinden (Gv.)			
Natürliche Personen	3 285	2 856	43 918
Juristische Personen	180	833	15 605
darunter: Gemeinden (Gv.)	9	14	260
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	43	168	4 110
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen			
Natürliche Personen	212	154	5 282
Juristische Personen	24	45	2 359
darunter: Gemeinden (Gv.)	17	7	199
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	3	8	281

Gemeindegrößenklasse	Insgesamt			Veränderung zum Vorjahr			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauf- fälle	Fläche	Kauf- summe	Kauf- fälle	Fläche	Kauf- summe	Kauf- fälle	Fläche	Preis je qm	Kauf- fälle	Fläche	Preis je qm
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM	%			Anzahl	1 000 qm	DM	Anzahl	1 000 qm	DM
unter 2 000 Einw.	6 060	6 021	81 233	- 8,7	- 15,5	- 17,1	4 387	3 808	14,51	1 225	1 589	14,68
2 000 - 5 000 "	2 499	2 759	64 472	- 3,8	0,4	31,6	1 842	1 548	26,53	467	949	20,98
5 000 - 10 000 "	1 630	2 061	57 492	- 25,6	- 33,0	- 23,4	994	884	34,96	336	466	24,12
10 000 - 20 000 "	682	1 045	26 220	- 20,4	- 17,7	- 15,1	459	437	37,93	132	267	22,80
20 000 - 50 000 "	830	1 130	31 839	- 9,3	- 43,1	- 14,5	578	533	38,31	133	371	22,47
50 000 - 100 000 "	466	579	19 206	- 28,2	- 26,2	- 34,4	255	240	50,83	119	169	22,56
100 000 und mehr "	1 269	1 808	109 671	- 24,0	- 16,4	- 13,5	588	442	111,28	345	877	50,12
Insgesamt	13 436	15 403	390 133	- 13,4	- 19,6	- 12,6	9 103	7 892	28,59	2 757	4 688	24,89

käufe, bei baureifem Land waren es sogar vier Fünftel, bei Rohbauland knapp drei Viertel.

Auffallend gering sind die Transaktionen in den Mittelstädten (20 000 bis 100 000 Einwohner); sie erreichten nur einen Anteil von knapp 10% bei einem Bevölkerungsanteil dieser Gemeindegrößenklasse von 17%. Ursache dieses niedrigen Wertes kann die sogenannte Stadtfucht sein, die Kaufinteressenten veranlaßt, nicht innerhalb des Stadtgebietes zu entsprechend hohen Preisen Bauland zu erwerben, sondern in angrenzenden ländlichen Gemeinden zu einem akzeptablen Preis. Außer der preislichen Komponente mag in vielen Fällen bei den Käufern auch der in letzter Zeit wieder stärker aufgekommene Gedanke des Wohnens in grüner Umgebung hinzugetreten sein. Zudem waren Grund und Boden schon seit jeher Spekulationsobjekte. Hierfür eignet sich in besonderem Maße Rohbauland - eine Vorstufe von baureifem Land - namentlich dann, wenn es in Gebieten liegt, die in absehbarer Zeit als bebauungsreif ausgewiesen werden. Es ist nicht auszuschließen, daß in Großstädten solche Spekulationsgeschäfte getätigt worden sind, denn in immerhin 13% aller Rohbaulandverkäufe mit einem Flächenanteil von 19% wechselte der Besitzer in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern. Der dabei durchschnittlich zu zahlende Quadratmeterpreis von 50,12 DM lag um mehr als die Hälfte niedriger als derjenige von baureifem Land (111,28 DM).

Entsprechend der beabsichtigten Nutzung der Grundstücke variierten die Größen der umgesetzten Baulandflächen recht stark. Je 6% aller Fälle wiesen eine Fläche von unter 100 bzw. von mehr als 3 000 qm auf. Den Schwerpunkt bildeten - konstant in allen Gemeindegrößenklassen - Baulandflächen von 500 bis 1 000 qm; jedes zweite Grundstück zählte zu dieser Gruppe, jedes fünfte zu der nächsthöheren (1 000 bis 3 000 qm).

Nahezu jeder zweite Verkaufsfall im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz

Keine besonderen Abweichungen gegenüber früheren Ergebnissen gab es auf der regionalen Ebene der Regierungsbezirke. In dem bevölkerungsreichsten Bezirk Rheinhessen-Pfalz konnte wieder nahezu jeder zweite Verkaufsfall abgewickelt werden (47%), auf den flächenmäßig größten Bezirk Ko-

blenz kamen 43% und die restlichen 10% aller Fälle entfielen auf den mehr ländlich orientierten Regierungsbezirk Trier. Die Aufgliederung nach der Fläche brachte in gleicher Reihenfolge der Bezirke Anteile von 48, 40 und 12%. Gebiete mit einer gewissen Bevölkerungs- und Industriekonzentration weisen im allgemeinen höhere Quadratmeterpreise auf als solche, in denen keine oder nur geringe Ballungstendenzen zu erkennen sind. Dieser Ballungseffekt ist im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz festzustellen, wo 61% aller für Baulandverkäufe verausgabten Mittel anfielen. Die Bezirke Koblenz und Trier erreichten Werte von 32 und 7%.

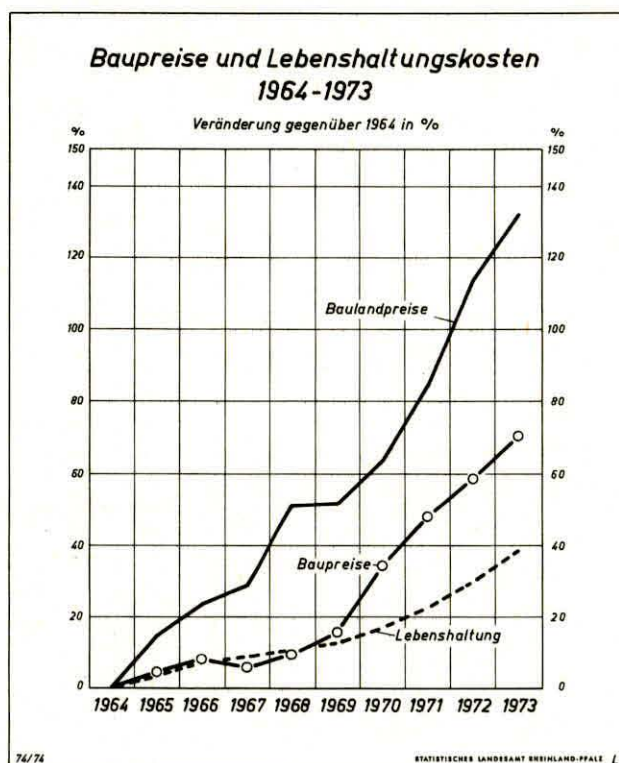
Von allen Landkreisen brachte es Mayen-Koblenz auf die meisten Verkäufe (1 114), Mainz-Bingen kam auf 941 und der Rhein-Hunsrück-Kreis auf 755 Fälle. Am häufigsten wechselte unter den kreisfreien Städten in Mainz (592), Koblenz (356) und Pirmasens (147) Bauland den Besitzer. Extrem niedrige Quadratmeterpreise wurden für baureifes Land in den Kreisen Birkenfeld (7,86 DM), Kusel (9,64 DM), Bitburg-Prüm (11,25 DM), Donnersbergkreis (11,85 DM), Daun (12,02 DM) und Altenkirchen (12,52 DM) bezahlt. Ungewöhnlich billig war auch der Preis in der Stadt Idar-Oberstein mit 9,83 DM pro Quadratmeter. Umgekehrt gab es auch einige Höchstpreise, so in den Städten Mainz (186,22 DM) und Speyer (114,74 DM). Relativ günstig konnte baureifes Land noch in Kaiserslautern erworben werden (49,86 DM); diese Stadt wies den niedrigsten Quadratmeterpreis aller rheinland-pfälzischen Großstädte auf.

Quadratmeterpreise zogen im Schnitt um 9% an

Die erstmals seit 1967 zu registrierende Abnahme der Verkaufsfälle fand auch ihren Niederschlag auf dem preislichen Sektor. Zwar zogen die Quadratmeterpreise insgesamt im Durchschnitt von 23,29 DM auf 25,33 DM an, doch war die Steigerungsrate mit + 9% geringer als in den beiden vorangegangenen Jahren (+ 13 bzw. + 16%). Ein langfristiger Vergleich der Preisentwicklung bei den Baulandpreisen, der Lebenshaltung aller privaten Haushalte und den Baupreisen (Bauleistungen am Gebäude/reine Baukosten) zeigt, daß - auf der Basis 1964 gleich 100 - in den letzten zehn Jahren die Baulandpreise am stärksten anzogen (+ 132%), vor den Baupreisen (+ 70%) und der Lebenshaltung (+ 38%). Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Bruttowochenver-

Baulandverkäufe und Preise in den Verwaltungsbezirken 1973

Verwaltungsbezirk (Gebietsstand 1.1.1973)	Insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauffälle	1 000 qm	1 000 DM	Kauffälle	1 000 qm	DM je qm	Kauffälle	1 000 qm	DM je qm
Kreisfreie Stadt Koblenz	356	427	15 767	129	78	77,19	94	202	25,49
Landkreise									
Ahrweiler	206	165	5 511	206	165	33,35	-	-	-
Altenkirchen (Ww.)	204	239	3 201	171	179	12,52	28	50	10,76
Bad Kreuznach	704	840	18 831	531	495	24,67	125	319	19,40
Bad Kreuznach, St.	92	151	6 182	65	74	45,67	17	72	37,11
Birkenfeld	569	575	4 421	502	536	7,86	8	14	5,34
Idar-Oberstein, St.	158	173	1 648	133	157	9,83	5	12	5,58
Cochem-Zell	232	185	3 519	136	106	22,71	95	78	14,09
Mayen-Koblenz	1 114	1 060	31 545	549	357	37,74	261	245	20,59
Andernach, St.	53	60	2 589	44	38	53,76	5	12	25,79
Neuwied	593	654	14 642	351	351	24,35	230	230	18,94
Neuwied, St.	134	198	6 285	41	55	46,93	89	92	23,26
Oberwesterwaldkreis	470	460	5 654	427	379	13,68	43	80	5,83
Rhein-Hunsrück-Kreis	755	1 148	13 038	584	484	20,09	101	387	5,87
Rhein-Lahn-Kreis	274	221	3 467	194	152	16,83	75	65	13,52
Lahnstein, St.	12	8	496	12	8	66,05	-	-	-
Unterwesterwaldkreis	259	240	5 125	254	234	21,67	3	3	12,38
Reg. Bez. Koblenz	5 736	6 214	124 721	4 034	3 516	21,94	1 063	1 673	15,61
Kreisfreie Stadt Trier	140	225	9 796	89	90	88,12	17	35	18,39
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	348	426	5 055	240	206	17,32	70	78	9,53
Bitburg-Prüm	263	405	3 838	228	258	11,25	26	115	6,52
Daun	185	193	2 250	174	181	12,02	11	13	6,05
Trier-Saarburg	458	535	6 706	347	350	15,48	28	29	10,89
Reg. Bez. Trier	1 394	1 784	27 645	1 078	1 085	20,29	152	270	9,36
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	84	92	3 693	74	57	57,09	1	.	
Kaiserslautern	76	57	2 761	74	55	49,86	2	2	9,97
Landau i. d. Pfalz	108	274	3 548	53	43	33,43	30	191	10,21
Ludwigshafen a. Rhein	105	158	10 847	86	82	84,81	16	53	32,09
Mainz	592	942	70 499	210	137	186,22	216	585	62,29
Neustadt a. d. Weinstr.	103	136	5 943	74	69	71,77	5	13	28,81
Pirmasens	147	151	3 744	66	54	34,46	19	47	21,80
Speyer	98	114	6 802	34	28	114,74	50	43	53,92
Worms	82	94	3 234	74	63	45,35	6	16	15,76
Zweibrücken	77	70	1 408	51	36	23,45	3	7	14,63
Landkreise									
Alzey-Worms	355	492	9 266	280	291	22,75	65	137	13,56
Bad Dürkheim	420	439	14 139	293	244	40,36	94	136	26,98
Donnersbergkreis	555	581	5 939	405	347	11,85	97	173	8,44
Germersheim	548	587	11 111	406	348	21,99	123	201	15,48
Kaiserslautern	365	376	5 363	337	303	16,22	21	39	7,49
Kusel	334	385	2 905	246	201	9,64	74	135	6,13
Landau-Bad Bergzabern	313	256	6 152	176	131	26,93	107	105	24,59
Ludwigshafen	427	461	19 831	301	251	60,39	114	98	41,98
Mainz-Bingen	941	1 158	42 374	348	246	55,83	449	635	39,10
Bingen, St.	72	129	3 237	39	33	58,82	21	32	26,97
Ingelheim a. Rhein, St.	79	158	3 768	15	14	78,89	40	88	20,42
Pirmasens	576	582	7 208	403	305	17,45	50	129	8,67
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	6 306	7 405	237 767	3 991	3 291	38,43	1 542	2 745	32,07
Rheinland-Pfalz	13 436	15 403	390 133	9 103	7 892	28,59	2 757	4 688	24,89



dienste der Arbeiter um 107% und die Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten um 118%.

Recht unterschiedlich gestaltete sich der Preisverlauf bei den einzelnen Baulandarten. Den geringsten Anstieg gab es bei Rohbauland (+ 1%) und baureifem Land (+ 3%), für die im Landesmittel 24,89 bzw. 28,59 DM bezahlt werden mußten. Erheblich mehr als vor Jahresfrist war für den Kauf von Freiflächen (+ 24%) und Industrieland (+ 100%) pro Quadratmeter zu veranschlagen, denn die Preise zogen hier von 15,69 auf 19,41 DM bzw. 9,61 auf 19,19 DM an. Nur Land für Verkehrs-

zwecke wurde billiger (— 16%); der Preis ermäßigte sich von 12,72 auf 10,64 DM.

Erhebliche Unterschiede zeigten sich bei den Quadratmeterpreisen nach der Art des Baugebietes. So erreichte baureifes Land im Geschäftsgebiet den Rekordwert von 1 111 DM pro qm. Dazu ist zu sagen, daß hier sowohl die Zahl der Fälle als auch die umgesetzte Fläche sehr gering waren, so daß bestimmte Faktoren, zum Beispiel Veräußerung von Liebhaberobjekten, die Preisgestaltung in nicht unerheblichem Maße beeinflußt haben können. Realistischer hingegen stellte sich der Quadratmeterpreis im Wohngebiet in offener Bauweise und im Dorfgebiet mit 33,09 bzw. 14,35 DM.

Baureifes Land in Großstädten achtmal so teuer wie in den ländlichen Gemeinden

Mehrfach ist schon auf die Tatsache hingewiesen worden, daß Bauland im ländlichen Bereich wesentlich günstiger zu erwerben ist als in Mittel- bzw. Großstädten. Das Zahlenmaterial belegt diese Aussage eindeutig. Der Käufer von baureifem Land bezahlte 1973 in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern 14,51 DM, in den Großstädten im Schnitt jedoch bereits den achtfachen Betrag (111,28 DM). Die weiter oben angesprochenen Spekulationsgeschäfte können eventuell auch bei der Preisbildung des Rohbaulandes in den ländlichen Gemeinden eine Rolle gespielt haben, da hier der Quadratmeterpreis noch um 17 Pfennig über dem Wert des höherwertigen baureifen Landes liegt.

Die Aufgliederung der Baulandverkäufe nach Preisgruppen vermittelt einen Eindruck von der Breite der Preisstreuung. In 69% aller Verkäufe kostete ein Quadratmeter Bauland bis zu 30 DM, wobei die Gruppe 10 bis 15 DM mit 17% am stärksten besetzt war. Jeder zehnte Kauffall erzielte einen Preis von 50 bis 75 DM je qm. Von den insgesamt 13 436 Transaktionen zählten 11 zur untersten Preisklasse (unter 1 DM je qm) und 16 zur höchsten (500 und mehr DM je qm).

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Öffentliche Jugendhilfe 1973

Träger der gesetzlich angeordneten Maßnahmen, die das Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) in der Fassung von 1970 - auch in Verbindung mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch - vorschreibt, sind die Jugendwohlfahrtsbehörden, die regelmäßig jährlich Angaben zur Statistik der Jugendhilfe liefern. Aus den Tabellen der Jugendämter ist eine Fülle von Sachverhalten zu entnehmen und ein umfassender Überblick über die von der öffentlichen Jugendhilfe betreuten Jugendlichen, die Art ihrer Unterbringung in der freiwilligen Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung, den entsprechenden Kostenaufwand - jedoch ohne Verwaltungs- und Investitionskosten - sowie über die örtlichen Einrichtungen der Jugendhilfe zu gewinnen. Leider ermöglicht die tabellarische Form der Berichterstattung bisher nur eine begrenzte Auswertung der Sachverhalte. Es wird deshalb im Zuge der Weiterentwicklung der Jugendhilfe-

statistik die Einführung eines entsprechenden Individualzählblattes angestrebt, dessen Verwendung diese Statistik erheblich aussagefähiger machen könnte.

Die Reform des Nichteheleichenrechts 1970 brachte eine Reihe von Änderungen, die in erster Linie die Institution der Amtspflegschaft sowie Maßnahmen der Beistandschaft und Vaterschaftsfeststellung betrafen.

28 000 Minderjährige in Amtspflegschaft und unter Amtsvormundschaft

Nach der bis 1970 geltenden Regelung bekamen sämtliche nichtehelich geborenen Kinder - sie standen automatisch unter der Aufsicht des Jugendamtes - einen Amtsvormund. Durch die Neuregelung von 1970, wonach bei nichtehelichen Kindern

Minderjährige unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft
1965 - 1973

Jahres-ende	Amtspflegschaft		Amtsvormundschaft				
	insgesamt	auf 10 000 Minderjährige	insgesamt	auf 10 000 Minderjährige	gesetzliche	bestellte	nicht-eheliche Amtsmündel
1965	-	-	34 226	308	32 381	2 043	32 880
1969	-	-	30 232	249	28 003	2 229	28 242
1970	23 775	196	5 562	45	3 384	2 178	4 105
1971	22 876	197	5 852	46	3 481	2 371	4 307
1972	22 227	190	6 033	52	3 586	2 447	4 407
1973	21 638	183	6 375	58	3 783	2 592	4 681

volljähriger Mütter die Amtspflegschaft an die Stelle der Amtsvormundschaft trat, erhält das Kind nur noch zur Wahrnehmung bestimmter Angelegenheiten einen Pfleger, da die elterliche Gewalt voll der Mutter zusteht. Während Ende 1969 noch über 30 000 Minderjährige unter Amtsvormundschaft standen, reduzierte sich diese Zahl 1970 auf 5 562 und lag Ende 1973 bei 6 375. Dagegen befanden sich zu diesem Zeitpunkt etwa 21 600 Minderjährige unter Amtspflegschaft (1970: 23 775).

Regelmäßig außerhalb des Hauses in Familienpflege (darunter wird die Aufnahme eines Pflegekindes in den Haushalt von Personen verstanden, mit denen es ein familienähnliches, auf längere Zeit berechnetes Band verknüpft, wenn diese zu dem Unterhalt der Kinder nicht unerheblich beitragen) befanden sich Ende des Berichtsjahres 3 018 Minderjährige unter 16 Jahren, knapp 6% mehr als 1972. Alle standen unter Aufsicht des Jugendamtes.

Zahl der Vaterschaftsfeststellungen rückläufig

Seit einigen Jahren - der allgemeine Geburtenrückgang dürfte dabei eine Rolle spielen - ist die Zahl der Zugänge unerledigter Fälle von Vaterschaftsfeststellungen rückläufig. Während 1969 noch 2 851 und zwei Jahre später 2 690 Zugänge im Berichtsjahr registriert wurden, verzeichneten die Jugendämter nur 2 409 Zugänge bis Ende des Jahres 1973. In etwa jedem siebten Fall hatte die Mutter einen Angehörigen der Stationierungskräfte oder sonstigen Ausländer als Vater angegeben. Fast 2 500 der insgesamt anstehenden 4 000 Feststellungen konnten während des Jahres erledigt werden, so daß wiederum knapp 1 600 unerledigte Fälle am Ende des Jahres verblieben. Von den rund 2 500 abgeschlossenen Fällen entfiel mehr als die Hälfte

(52%) auf freiwillige Anerkennung. Für andere Jugendämter außerhalb von Rheinland-Pfalz wurden 178 (1972: 219) Vaterschaftsfeststellungen zum Abschluß gebracht.

1973 wurden insgesamt 457 Minderjährige adoptiert, in 185 Fällen nahmen Verwandte das Kind an. Die Zahl der Adoptionsstellen, für die ein Minderjähriger noch nicht vorgeschlagen werden konnte, ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Ende 1969 fanden sich 236 Adoptiveltern bereit, ein Kind anzunehmen, während 276 Minderjährige zur Adoptionsvermittlung vorgemerkt waren. Demgegenüber war 1973 das umgekehrte Verhältnis zu beobachten. Auf 341 vorgemerkte Minderjährige kamen 454 Adoptionsstellen, für die ein Minderjähriger noch nicht vorgeschlagen werden konnte. Welche Ursachen die zu beobachtende wachsende Adoptionsbereitschaft hat, läßt sich aus den Unterlagen der Jugendhilfestatistik nicht ablesen. Neben den formalrechtlichen Erleichterungen wirken sicher auch soziologische Gründe mit.

Minderjährige unter Erziehungsbeistandschaft
sowie in formloser erzieherischer Betreuung 1965 - 1973

Jahres-ende	Erziehungsbeistandschaft			Erzieherische Betreuung		
	insgesamt	gesetzlich angeordnete	freiwillige	insgesamt	männlich	weiblich
1965	351	264	87	12 562	6 810	5 752
1969	300	141	159	13 990	7 500	6 490
1970	317	131	186	13 369	7 178	6 191
1971	304	114	190	13 709	7 263	6 446
1972	238	95	143	14 407	7 508	6 899
1973	219	77	142	14 788	7 769	7 019

Rückgang bei der Fürsorgeerziehung hält an

Unter allen Erziehungsmaßnahmen ist Fürsorgeerziehung die strengste Form, in der Einfluß auf die Erziehung Minderjähriger genommen wird. Im Gegensatz zur freiwilligen Erziehungshilfe wird sie nicht von den Jugendwohlfahrtsbehörden, sondern gerichtlich angeordnet. Sie darf nur verhängt werden, wenn eine weniger einschneidende Maßnahme versagt hat oder keine Aussicht besteht, die drohende Verwahrlosung des Minderjährigen zu verhindern. Auf freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung liegt seit jeher das Schwergewicht erzieherischer Maßnahmen, wobei sich allerdings eine unterschiedliche Entwicklung innerhalb des letzten Jahrzehnts vollzogen hat.

Pflegekinder in Familienpflege 1965 - 1973

Jahres- ende	Ins- gesamt	Eheliche		Nichteheliche		Unter Aufsicht				Von der Aufsicht widerruflich befreit			
						eheliche		nichteheliche		eheliche		nichteheliche	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
1965	4 242	1 172	27,6	3 070	72,4	1 172	27,6	3 020	71,2	-	-	50	1,2
1969	3 736	1 210	32,4	2 526	67,6	1 207	32,3	2 517	67,4	3	0,1	9	0,2
1970	2 908	1 136	39,1	1 772	60,9	1 134	39,0	1 769	60,8	2	0,1	3	0,1
1971	2 875	1 262	43,9	1 613	56,1	1 262	43,9	1 612	56,1	-	-	1	0,0
1972	2 849	1 257	44,1	1 592	55,9	1 255	44,1	1 591	55,8	2	0,1	1	0,0
1973	3 018	1 404	46,5	1 614	53,5	1 404	46,5	1 614	53,5	-	-	-	-

Ausgaben der öffentlichen Jugendhilfe
nach Ausgabearten und Trägern 1973

Ausgabeart Träger	Ins- gesamt	Maßnahmen der Jugendwohlfahrts- behörden		Zuschüsse an Träger der freien Jugend- hilfe
		außerhalb von Ein- richtungen	in Ein- richtungen	
	1 000 DM			
Hilfe durch Fami- lienpflege	5 554	5 554	-	-
Hilfe durch Heim- pflege	29 317	-	29 199	118
Kindstagesstätten	40 150	-	15 272	24 878
Erholungspflege	6 648	698	2 150	3 800
Freiwillige Er- ziehungshilfe	11 409	70	11 339	-
Fürsorgeerziehung	4 781	46	4 735	-
Alle übrigen Maß- nahmen	14 827	3 692	4 697	6 438
Insgesamt	112 686	10 060	67 392	35 234
Kreisfreie Städte	44 145	4 821	26 636	12 688
Landkreise	45 279	4 738	23 550	16 991
Landesjugendamt	23 262	501	17 206	5 555

Am Jahresende 1973 befanden sich insgesamt 1 781 Minderjährige unter Erziehungsbeistandschaft (219), freiwilliger Erziehungshilfe (1 072) und Fürsorgeerziehung (490). Zum vergleichbaren Vorjahreszeitpunkt waren es insgesamt 11%, 1971 rund 26% mehr, wobei der Rückgang bei der Fürsorgeerziehung stärker und bei der freiwilligen Erziehungshilfe schwächer war.

Noch 1963 befanden sich von knapp 3 000 untergebrachten Minderjährigen 59% in Fürsorgeerziehung und 41% in freiwilliger Erziehungshilfe. Ende des Berichtsjahres waren demgegenüber von den insgesamt knapp 1 600 Minderjährigen in öffentlicher Erziehung nur noch 490 (31%) in Fürsorge-

erziehung, während gut zwei Drittel (1 072) unter freiwilliger Erziehungshilfe standen. Der Anteil weiblicher Minderjähriger ist unter den Zöglingen der Fürsorgeerziehung mit 40% größer als bei den Minderjährigen in freiwilliger Erziehungshilfe (36%).

Rund 48% der 544 im Berichtsjahr in öffentliche Erziehung überwiesenen Jugendlichen standen im Alter zwischen 10 und 15 Jahren. 1972 war die Altersgruppe der 15- bis 18jährigen am häufigsten vertreten. Von den im Laufe des Jahres 1973 in Fürsorgeerziehung eingewiesenen 131 Minderjährigen waren etwa zwei Fünftel weiblich; mehr als die Hälfte der Neuzugänge stand im Alter zwischen 10 und 15 Jahren, 43% waren 15 bis 18 Jahre alt.

Von den 1 072 Jugendlichen, die sich zum Ende des Berichtsjahres in freiwilliger Erziehungshilfe befanden, wohnten rund zwei Drittel in Erziehungs- und 18 in sonstigen Heimen. Bei der eigenen Familie lebte jeder sechste, in fremden Familien oder in sonstigen Stellen waren 95 Jugendliche untergebracht. Von den 490 Minderjährigen in Fürsorgeerziehung befand sich etwa jeder zweite in einem Erziehungsheim, 46 wohnten in sonstigen Heimen oder Stellen. Nach einem wahrscheinlich längeren Heimaufenthalt befand sich ein Anteil von 22% in der eigenen Familie. Jeder dritte Minderjährige in Fürsorgeerziehung oder freiwilliger Erziehungshilfe stand in einem Lehr-, Anlern- oder Arbeitsverhältnis.

Fürsorgeerziehung dauerte bei jedem Vierten drei bis fünf Jahre

Bei den Minderjährigen, die 1973 aus freiwilliger Erziehungshilfe entlassen wurden, betrug die Dauer

Minderjährige in öffentlicher Erziehung 1962 - 1973

Jahr	Ins- gesamt	Jungen	Mädchen	Untergebrachte Minderjährige					
				zu- sammen	darunter: im Lehr-, Anlern- und Arbeits- verhältnis	in Er- ziehungs- heimen	in sonstigen Heimen	in Familien	in sonstigen Stellen
Freiwillige Erziehungshilfe									
1962	961	566	395	941	170	675	24	239	3
1963	1 189	691	498	1 166	326	816	35	294	21
1964	1 335	786	549	1 310	375	861	22	383	44
1965	1 332	797	535	1 298	445	848	25	371	54
1966	1 347	809	538	1 327	421	858	31	380	58
1967	1 329	784	545	1 307	428	852	27	367	61
1968	1 306	771	535	1 286	461	817	37	342	90
1969	1 294	799	495	1 270	294	791	32	375	72
1970	1 245	773	472	1 200	500	732	20	389	59
1971	1 131	692	439	1 084	406	699	17	323	45
1972	1 090	688	402	1 037	454	669	20	278	70
1973	1 072	681	391	1 012	345	723	18	226	45
Fürsorgeerziehung									
1962	1 709	910	799	1 665	331	987	57	607	14
1963	1 715	918	797	1 638	508	974	26	557	81
1964	1 673	880	793	1 631	596	909	22	619	81
1965	1 504	804	700	1 465	567	788	55	549	73
1966	1 464	791	673	1 430	590	764	40	530	96
1967	1 416	778	638	1 369	540	793	24	470	82
1968	1 393	797	596	1 355	639	750	30	480	95
1969	1 353	785	568	1 318	451	713	29	482	94
1970	1 145	647	498	1 095	559	562	15	434	84
1971	817	455	362	776	365	402	16	298	60
1972	644	369	275	594	303	310	10	229	45
1973	490	292	198	448	169	264	12	138	34

Jugendhilfe nach Verwaltungsbezirken 1973

Verwaltungsbezirk (Gebietsstand 17.3.1974)	Bruttoausgaben aus öffentlichen Mitteln					Einnahmen		Reine Ausgaben	
	ins- gesamt	je Ein- wohner	Maßnahmen der Jugendwohlfahrts- behörden		Zuschüsse an Träger der freien Jugend- hilfe	ins- gesamt	Anteil an den Brutto- ausgaben	zu- sammen	Anteil an den Brutto- ausgaben
			außerhalb von Ein- richtungen	in Ein- richtungen					
	1 000 DM	DM	1 000 DM				%	1 000 DM	%
Kreisfreie Stadt Koblenz	4 813	40,28	203	2 515	2 094	280	5,8	4 533	94,2
Landkreise									
Ahrweiler	1 953	17,77	174	1 123	656	243	12,4	1 710	87,6
Altenkirchen (Ww.)	1 637	13,26	197	628	812	145	8,9	1 492	91,1
Bad Kreuznach	4 861	32,59	367	3 272	1 223	467	9,6	4 394	90,4
Bad Kreuznach, St.	2 710	62,20	140	2 125	446	219	8,1	2 491	91,9
Birkenfeld	2 066	22,50	205	1 177	684	207	10,0	1 859	90,0
Idar-Oberstein, St.	1 005	26,48	108	471	426	126	12,5	879	87,5
Cochem-Zell	634	9,75	47	202	386	43	6,8	591	93,2
Mayen-Koblenz	3 149	16,61	574	903	1 673	214	6,8	2 934	93,2
Andernach, St.	453	16,59	45	188	220	21	4,6	432	95,4
Neuwied	3 523	22,98	283	1 354	1 887	423	12,0	3 100	88,0
Neuwied, St.	1 984	31,56	76	658	1 251	167	8,4	1 817	91,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 100	12,34	48	691	361	120	10,9	980	89,1
Rhein-Lahn-Kreis	860	7,19	99	457	304	118	13,7	743	86,3
Lahnstein, St.
Westerwaldkreis	2 291	13,55	107	660	1 524	186	8,1	2 105	91,9
Reg. Bez. Koblenz	26 888	19,49	2 304	12 982	11 602	2 446	9,1	24 442	90,9
Kreisfreie Stadt Trier	4 146	40,56	346	1 590	2 210	249	6,0	3 897	94,0
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	1 271	11,60	262	110	900	49	3,9	1 222	96,1
Bitburg-Prüm	1 414	15,36	185	705	525	263	18,6	1 151	81,4
Daun	711	12,60	173	364	174	91	12,8	620	87,2
Trier-Saarburg	1 297	10,74	87	358	853	84	6,5	1 212	93,5
Reg. Bez. Trier	8 839	18,37	1 053	3 126	4 661	737	8,3	8 103	91,7
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	1 817	41,80	226	1 346	245	681	37,5	1 136	62,5
Kaiserslautern	3 463	42,59	285	1 855	1 323	699	20,2	2 764	79,8
Landau i. d. Pfalz	640	16,66	39	36	565	8	1,3	663	98,7
Ludwigshafen a. Rhein	12 571	72,61	1 364	9 086	2 122	1 660	13,2	10 910	86,8
Mainz	8 972	48,93	1 269	6 224	1 479	1 220	13,6	7 752	86,4
Neustadt a. d. Weinstr.	1 788	35,28	99	1 228	460	174	9,7	1 614	90,3
Pirmasens	1 981	35,70	496	1 064	422	217	11,0	1 765	89,0
Speyer	1 231	27,97	68	744	419	234	19,0	997	81,0
Worms	1 751	22,86	231	678	842	132	7,5	1 619	92,5
Zweibrücken	972	26,28	195	270	507	101	10,4	871	89,6
Landkreise									
Alzey-Worms	1 894	19,22	176	1 328	389	348	18,4	1 546	81,6
Bad Dürkheim	2 434	20,81	280	2 154	-	170	7,0	2 266	93,0
Donnersbergkreis	941	14,00	213	323	405	91	9,7	850	90,3
Germersheim	1 141	11,52	124	320	697	58	5,1	1 083	94,9
Kaiserslautern	1 903	19,49	340	1 389	173	268	14,1	1 635	85,9
Kusel	1 120	14,21	329	322	470	168	15,0	953	85,0
Landau-Bad Bergzabern	1 268	13,06	31	1 093	144	50	3,9	1 218	96,1
Ludwigshafen	2 126	17,15	150	919	1 057	262	12,3	1 864	87,7
Mainz-Bingen	5 042	32,86	204	3 204	1 634	306	6,1	4 736	93,9
Bingen, St.
Ingelheim am Rhein, St.
Pirmasens	642	6,26	84	495	63	99	15,4	543	84,6
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	53 697	29,18	6 202	34 078	13 417	6 944	12,9	46 753	87,1
Landesamt für Jugend und Soziales	23 262	6,29	502	17 206	5 555	1 484	6,4	21 777	93,6
Rheinland-Pfalz	112 686	30,45	10 060	67 391	35 234	11 612	10,3	101 074	89,7
Kreisfreie Städte	44 145	43,01	4 821	26 636	12 682	5 655	12,8	38 491	87,2
Landkreise	45 278	16,93	4 739	23 551	16 994	4 473	9,9	40 805	90,1

Örtliche Einrichtungen und verfügbare Plätze nach Art der Einrichtungen 1972 und 1973

Art der Einrichtungen	Einrichtungen								Plätze	
	insgesamt		der öffent- lichen Hand	der Träger der freien Jugend- hilfe	pri- vater gewerb- licher Träger	der öffent- lichen Hand	der Träger der freien Jugend- hilfe	pri- vater gewerb- licher Träger		
	1972	1973	1973						1972	1973
	Anzahl			%					Anzahl	
Heime für werdende Mütter	3	3	-	3	-	-	100,0	-	57	55
Wohnheime für Mutter und Kind	3	2	1	1	-	50,0	50,0	-	72	42
Säuglingsheime	8	9	-	5	4	-	55,6	44,4	321	271
Kinderheime	50	47	4	34	9	8,5	72,3	19,2	2 660	2 454
Erziehungsheime										
a) bis zur Beendigung der Volks- schulpflicht	13	13	-	13	-	-	100,0	-	1 271	1 199
b) für nicht mehr schulpflichtige Minderjährige	14	12	2	10	-	16,7	83,3	-	1 295	1 261
Sonderheime	20	20	-	18	2	-	90,0	10,0	1 654	1 653
Beobachtungsheime	1	1	1	-	-	100,0	-	-	50	92
Kinderkrippen	17	17	9	8	-	52,9	47,1	-	561	575
Kindergärten	1 404	1 458	299	1 146	13	20,5	78,6	0,9	90 761	91 665
darunter Sonderkindergärten	23	25	1	23	1	4,0	92,0	4,0	567	588
Kinderhorte	59	59	30	27	2	50,8	45,8	3,4	2 115	2 104
Kur-, Heil-, Genesungs- und Erho- lungsheime für Minderjährige	31	31	10	15	6	32,3	48,4	19,3	2 088	2 015
Tages-Erholungsstätten für Minderjährige	19	18	2	16	-	11,1	88,9	-	-	-
Ferienkolonien, feste Zeltlagerplätze	54	47	11	32	4	23,4	68,1	8,5	-	-
Jugendherbergen	51	49	4	43	2	8,2	87,8	4,0	6 758	6 169
Jugendfreizeitstätten, Heime der offenen Tür, Häuser der Jugend u. ä.	59	92	14	77	1	15,2	83,7	1,1	-	-
Jugendverbandsheime, Jugend- gruppenheime	1 361	1 447	136	1 305	6	9,4	90,2	0,4	-	-
Jugendbildungsstätten	22	22	1	19	2	4,5	86,4	9,1	1 121	1 069
Jugendbüchereien	1 112	1 107	421	686	-	38,0	62,0	-	-	-
Jugendwohnheime	32	33	1	30	2	3,0	90,9	6,1	2 199	2 564
Schülerwohnheime	54	50	3	45	2	6,0	90,0	4,0	3 941	3 836
Jugendschutzstellen, Obhuten, Auffangheime	21	19	5	14	-	26,4	73,6	-	251	239
Fortbildungsstätten für Fachkräfte der Jugendhilfe	3	3	1	2	-	33,3	66,7	-	85	60
Erziehungsberatungsstellen	29	31	7	24	-	22,6	77,4	-	-	-
Jugendberatungsstellen	9	12	4	8	-	33,3	66,7	-	-	-
Mütter- und Elternschulen	14	14	-	14	-	-	100,0	-	-	-
Sonstige Einrichtungen	5	8	1	6	1	12,5	75,0	12,5	292	309
Insgesamt	4 468	4 624	967	3 601	56	20,9	77,9	1,2	117 552	117 632

der Erziehung in etwa jedem fünften Fall - 1972 war es jeder achte - weniger als ein Jahr. Bei etwa 28% der Jugendlichen hatte die gesamte Erziehung ein bis zwei Jahre gedauert. 26% der Minderjährigen befanden sich mehr als drei, 9 Jugendliche sogar mehr als zehn Jahre in freiwilliger Erziehungshilfe.

Die Zahl der endgültig aus der Fürsorgeerziehung Entlassenen (280) war mehr als doppelt so hoch wie die der Zugänge (131). Im Gegensatz zu den aus freiwilliger Erziehungshilfe Entlassenen dauerte die Fürsorgeerziehung länger. Sie betrug nur bei 27% dieser Jugendlichen weniger als zwei Jahre, während es unter den aus freiwilliger Erziehungshilfe Entlassenen nahezu die Hälfte war, deren Erziehung nicht länger als zwei Jahre gedauert hatte. Bei 23% der Fürsorgezöglinge gegenüber einem Anteil von nur 16% der aus freiwilliger Erziehungshilfe entlassenen Minderjährigen dauerte die Erziehung drei bis fünf Jahre.

Der häufigste Grund für die Entlassung der Minderjährigen aus freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung war die Erreichung des Erzie-

hungszwecks (54 bzw. 74%). Insgesamt 13% der Entlassungen wurden mit anderweitiger Sicherstellung des Erziehungszwecks begründet. Aufhebung auf Antrag des Personensorgeberechtigten - diesen Entlassungsgrund gibt es nur bei der freiwilligen Erziehungshilfe - erfolgte dort in 27% der Fälle. Volljährig geworden waren inzwischen jeweils 6% der aus freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung entlassenen Jugendlichen.

Fast 92 000 Kindergartenplätze

Im Rahmen der Jugendhilfestatistik sind von den Jugendämtern auch sämtliche Einrichtungen mit ihren Kapazitäten zu erheben. Ihre Zahl hat sich von 1972 bis 1973 insgesamt um 156 auf 4 624 erhöht, wobei den Kindergärten besondere Bedeutung zukommt. In Rheinland-Pfalz gab es Ende 1973 insgesamt 1 458 Kindergärten mit 91 665 Plätzen. In Jahresfrist ist die Zahl der Kindergärten um 54 (1972: + 61) und die Platzzahl um 904 gestiegen. Einschließlich der Säuglings- und Kinderheime (56), Sonderheime (20), Beobachtungsheime (1), Kinderkrippen (17) und Kinderhorte (59) sind damit bereits 35% aller Einrichtungen erfaßt. Weitere zahlen-

mäßig ins Gewicht fallende Einrichtungen sind die Jugendverbands- und Jugendgruppenheime, deren Zahl von 1 361 Ende 1972 auf 1 447 Ende 1973 angestiegen ist, sowie die Jugendbüchereien (1 107).

113 Mill. DM für Jugendhilfemaßnahmen

Für Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe in und außerhalb von Einrichtungen - ohne allgemeine Verwaltungskosten und Aufwendungen für Investitionen - wurden 1973 insgesamt 112,7 Mill. DM ausgegeben, das sind 25,5 Mill. DM oder 29,2% mehr als 1972. Unter den einzelnen Ausgabearten entfiel mit einem Betrag von 40,2 Mill. DM der größte Anteil wieder auf Kindertagesstätten. 29,3 Mill. DM kostete die Hilfe durch Heimpflege. Für freiwillige Erziehungshilfe wurden etwa 11,4, für Erholungspflege 6,6 und für die Fürsorgeerziehung knapp 5 Mill. DM ausgegeben. Die von den Jugendwohlfahrtsbehörden selbst durchgeführten Maßnahmen erforderten 77 Mill. DM (69%), während die Zuschüsse an die Träger der freien Jugendhilfe einen

Anteil an den gesamten Ausgaben für Jugendhilfe von 31% beanspruchten. Um annähernd 50% haben die Ausgaben für Kindertagesstätten zugenommen. Um durchschnittlich 25% stiegen die Ausgabeposten bei der Hilfe durch Heimpflege (+ 24%), bei der freiwilligen Erziehungshilfe (+ 26%), der Hilfe durch Familienpflege (+ 26%) und der Fürsorgeerziehung (+ 23%). Mit Abstand folgen die Erhöhungen bei den Aufwendungen für Erholungspflege (+ 13%) und allen übrigen Maßnahmen (+ 14%).

Die Einnahmen erhöhten sich um 1,5 Mill. DM auf 11,6 Mill. DM. Die damit gedeckten Bruttoausgaben haben sich von 1972 bis 1973 um 1,3 Prozentpunkte auf 10,3% verringert. Ein Anteil von 45,3 Mill. DM der Bruttoausgaben für die öffentliche Jugendhilfe entfiel auf die Landkreise. Die Aufwendungen der kreisfreien Städte waren mit 44,1 Mill. DM annähernd so hoch. Das Landesamt für Jugend und Soziales benötigte 23,3 Mill. DM für diese Zwecke.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Schlacht tier- und Fleischschau 1973

Nur 0,2% Notschlachtungen

Im Jahre 1973 wurden in Rheinland-Pfalz 1 324 235 Schlachttiere inländischer und 63 164 ausländischer Herkunft amtlich untersucht. Während sich die Zahl der beschauten Inlandtiere gegenüber dem Vorjahr um 73 152 verminderte, ergab sich bei Tieren aus dem Ausland eine Zunahme um 28 203. Die Veränderungen wurden ganz überwiegend durch Schweineschlachtungen verursacht.

Unter den beschauten Schlachttieren inländischer Herkunft befanden sich 1 116 935 Schweine, 198 796 Rinder, 7 495 Schafe, 943 Pferde und 66 Ziegen. Die gesetzlich vorgeschriebene Schau vor und nach der Schlachtung erfolgte bei 1 321 186 Tieren, das waren 99,8% aller Untersuchungsfälle. Bei den restlichen 3 049 (0,2%) Tieren entfiel die Lebendschau, welche nur in Notfällen unterbleiben darf. Gegenüber 1972 blieb die Relation der gesamten Unters-

chungsfälle zu der Anzahl der notgeschlachteten Tiere unverändert. Den verhältnismäßig höchsten Anteil an Notschlachtungen hatten erneut Pferde mit 12,4% aufzuweisen; dagegen wurden bei den in ihrer Bedeutung für die Fleischversorgung an erster Stelle befindlichen Schweinen nur 1 072 (0,1%) Notschlachtungen registriert.

Den Vorschriften entsprechend muß bei notgeschlachteten Tieren aber nicht nur die nachfolgende Fleischschau vorgenommen, sondern auch das Fleisch einer bakteriologischen Untersuchung unterzogen werden, ausgenommen diejenigen Fälle, in denen schon vorher die Ungeeignetheit des Fleisches festgestellt wurde. Von der Gesamtzahl der Schlachttiere inländischer Herkunft wurden lediglich 5 329 oder 0,4% bakteriologisch untersucht. Ein ähnlich niedriger prozentualer Anteil konnte schon in den Jahren zuvor beobachtet werden. Knapp

Beanstandete ganze Tierkörper nach Beanstandungsgründen und Tierarten 1973

Beanstandungsgrund	Insgesamt	Rinder	Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde
Blutvergiftung	211	88	120	3	-	-
Rotlauf der Schweine	153	-	153	-	-	-
Schweinepest	1 576	-	1 576	-	-	-
Allgemeine Wassersucht und Wässerigkeit	634	341	283	3	-	7
Geruchs- und Geschmacksabweichungen	1 775	223	1 543	9	-	-
Farbabweichungen	512	63	448	1	-	-
Finnen	1 712 ¹⁾	1 712 ¹⁾	-	-	-	-
Tuberkulose	2 444	151	2 292	1	-	-
Übrige Beanstandungen	2 916	1 082	1 778	28	-	28
Insgesamt	11 933¹⁾	3 660¹⁾	8 193	45	-	35
1972	11 671²⁾	4 019²⁾	7 559	76	-	17

1) Davon 1 613 nach Behandlung für tauglich erklärte schwachfinnige Tiere. - 2) Davon 2 156 nach Behandlung für tauglich erklärte schwachfinnige Tiere.

Beanstandete ganze Tierkörper nach Tierarten
und Beurteilungsergebnis 1973

Tierart	Insgesamt		Un- tauglich	Bedingt tauglich	Minder- wertig
	Anzahl	% der Schlach- tungen			
Rinder	3 660 ¹⁾	1,8	543	179	1 325
Schweine	8 193	0,7	1 038	3 981	3 174
Schafe	45	0,6	28	1	16
Ziegen	-	-	-	-	-
Pferde	35	3,7	8	-	27
Insgesamt	11 933	0,9	1 617	4 161	4 542
1972	11 671	0,8	1 573	3 425	4 485

1) Einschl. nach Behandlung für tauglich erklärte schwachfinnige Tiere.

drei Fünftel davon fielen aus Notschlachtungen an. Im einzelnen handelte es sich um 3 490 Rinder, 1 679 Schweine, 148 Pferde und 12 Schafe. Davon wurden nur 150 Rinder, 85 Schweine und 2 Pferde als untauglich beurteilt, als bedingt tauglich galten 127 Tiere und als minderwertig 1 764.

Außer den Schlachttieren mußte auch das aus dem Zollaussland eingeführte Fleisch, welches hauptsächlich aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden importiert wurde, bei den Auslandsfleischbeschaustellen geprüft werden. Von den 4 725 t eingeführtem frischem Fleisch ergaben sich nur bei 3 t Beanstandungen, davon 2 t wegen sonstiger bakterieller oder parasitärer Erkrankungen. Aus dem gleichen Grund wurden von den 2 750 t eingeführtem zubereitetem Fleisch annähernd 2 t beanstandet.

0,9% aller untersuchten Tiere beanstandet

Nach den fleischbeschaurechtlichen Bestimmungen ist bei Vorliegen bestimmter Erkrankungen oder Mängel der Tierkörper im ganzen zu beanstanden, er kann aber dennoch als minderwertig oder bedingt tauglich eingestuft werden. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 11 933 ganze Tierkörper beanstandet gegenüber 11 671 im Jahre 1972; das waren 0,9% bzw. 0,8% aller beschauten inländischen Schlachttiere. Die Beanstandungsquote lag auch in den davorliegenden Jahren auf annähernd gleicher Höhe. Im einzelnen betrafen die Beanstandungen 8 193 Schweine, 3 660 Rinder, 45 Schafe und 35 Pferde. Mit 1,8% fiel der Anteil an der jeweiligen Gesamtzahl der Schlachttiere bei Rindern höher aus als bei Schweinen, für die 0,7% ermittelt wurden.

Rund 1 600 Tiere genußuntauglich

In 1 518 Fällen gegenüber 1 573 im Vorjahr ergaben sich Mängel, welche zur Untauglichkeit des ganzen Tierkörpers führten; hinzu kamen 99 wegen Finnen als genußuntauglich erklärte Rinder. Als häufigste Ursache wurde Blutvergiftung ermittelt (211 Fälle), danach folgten Geruchs- und Geschmacksabweichungen (167), Gelbsucht (110) und Allgemeine Wassersucht (88). Bei 4 161 Tierkörpern

wurden Mängel festgestellt, die eine Einstufung als bedingt tauglich erforderlich machten, das waren 736 mehr als 1972. In diese Kategorie fielen 3 981 Schweine und 179 Rinder. Als häufigster Beanstandungsgrund ergab sich Tuberkulose mit 2 444 Fällen, an Schweinepest erkrankten 1 515 Tiere. Mängel, die zur Minderwertigkeit des ganzen Tierkörpers führen, wurden in 4 542 Fällen ermittelt, darunter 3 174 Schweine und 1 325 Rinder. Auch in dieser Nachweisung konnte eine Zunahme der Mängel gegenüber dem Vorjahr beobachtet werden. Beanstandungsgründe waren vor allem Geruchs- und Geschmacksabweichungen (1 608), verminderte Haltbarkeit (1 011) sowie Wässrigkeit (546). Wegen Finnen mußten 1 712 Tiere beanstandet werden; davon konnten jedoch 1 613 schwachfinnige Rinder nach vorschriftsmäßiger Durchgefrierung des Fleisches als uneingeschränkt genußtauglich erklärt werden.

Nahezu 0,4 Mill. Tierkörperteile beanstandet

Verglichen mit den Totalbeanstandungen ist die Zahl der Tiere, bei denen nur gegen einzelne Organe oder Teile Einwendungen erhoben wurden, erheblich größer. In den der Zusammenstellung zugrundeliegenden Einzelnachweisen kann ein Tier auch mehrmals gezählt worden sein, da bei einem Tierkörper gleichzeitig mehrere Teile zurückgewiesen werden können. Die Mängel, die zur Beanstandung von Teilen des Tierkörpers führten, ergaben

Untersuchte Tiere inländischer Herkunft 1973

Tierart	Insgesamt	Schlachttier- und Fleisch- beschau	Nur Fleisch- beschau (Notschlach- tungen)
Rinder einschl. der Tiere bis zu 6 Wochen	198 796	196 965	1 831
Schweine	1 116 935	1 115 863	1 072
Schafe	7 495	7 466	29
Ziegen	66	66	-
Pferde	943	826	117
Insgesamt	1 324 235	1 321 186	3 049
1972	1 397 387	1 393 988	3 399

sich in insgesamt 390 480 Fällen. Im einzelnen betrafen 358 591 Fälle die Schweine, weitere 26 936 Rinder, 4 760 Schafe sowie eine kleinere Anzahl Pferde und Ziegen. Bei 361 900 Beanstandungen lagen „Sonstige Mängel“ vor. Der Befall mit Leberegel wurde bei 11 433 Tieren festgestellt, davon 10 683 Rinder und 520 Schweine. Als nächstfolgende Beanstandungsgründe ergaben sich Lungenwürmer (8 461) und Hülswürmer (8 227).

Eine weitere Fleischschau galt 6 961 Wildschweinen und 6 Bären, welche auf Trichinen untersucht wurden. Nur bei einem Wildschwein war ein positiver Untersuchungsbefund zu verzeichnen.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 685	3 698	3 693	3 695	3 696	3 699
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 204	2 137	2 191	2 098	2 628	1 414	2 217 ^p	2 062 ^p	3 128 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,0	5,8	7,0	6,9	8,4	5,0	7,1 ^p	6,8 ^p	9,9 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 420	3 083	3 247	3 124	3 197	2 685	3 113 ^p	3 272 ^p	3 298 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,3	8,3	10,4	10,3	10,2	9,4	9,9 ^p	10,8 ^p	10,5 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 660	3 682	3 800	3 689	3 635	3 403	3 933 ^p	3 783 ^p	3 688 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,9	10,0	12,1	12,2	11,6	11,9	12,5 ^p	12,4 ^p	11,7 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	82	76	67	80	77	52	81
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	24,7	20,6	25,6	23,7	19,4	26,0
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	- 240	- 599	- 553	- 565	- 438	- 718	- 820 ^p	- 511 ^p	- 390 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,7	- 1,6	- 1,8	- 1,9	- 1,4	- 2,5	- 2,6 ^p	- 1,7 ^p	- 1,2 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 377	10 464	10 136	10 515	9 996	6 892
* Fortgezogene	Anzahl	9 150	8 997	7 967	8 428	8 292	7 135
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 227	1 467	2 169	2 087	1 704	- 243
* Innerhalb d. Landes Umgezogene ⁴⁾	Anzahl	10 508	10 958	9 450	10 043	10 073	8 834
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	12,9	14,7	12,9	10,8	9,8	38,1	33,2	29,5	26,1
* Männer	1 000	7,8	8,5	7,4	5,3	4,7	25,2	21,0	17,5	15,0
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	776	715	675	108	88	1 395	681	238	175
Bauberufe	Anzahl	887	1 006	789	439	325	5 024	4 397	3 559	2 942
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	5 746	6 256	5 650	4 877	4 470	16 946	15 089	12 507	11 653
Offene Stellen	Anzahl	27 090	28 810	31 513	32 787	35 386	15 929	17 115	17 323	17 492
Männer	Anzahl	16 842	18 662	20 228	21 136	22 366	9 683	10 091	10 042	9 879
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	316	444	539	481	452	281	307	297	267
Bauberufe	Anzahl	2 623	2 704	3 216	3 258	3 429	780	803	967	899
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	11 549	13 068	13 820	14 554	15 961	6 018	6 466	6 536	6 608
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	678	693
* Milchkühe	1 000	251	250
* Schweine	1 000	744	737	773	.	.	.	727
* Zuchtsauen	1 000	70	71	73	.	.	.	72
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	42	45	45	.	.	.	47
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	16	16	14	15	14	15	17	18	17
* Kälber	1 000	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	98	93	93	104	92	84	91	102	93
* Hausschlachtungen	1 000	18	18	21	19	15	20	21	17	14
* Schlachtmengen ⁵⁾	1 000 t	11,1	10,5	10,0	11,4	10,2	9,3	10,4	12,3	11,5
* Rinder	1 000 t	4,3	4,3	4,0	4,3	3,8	4,0	4,5	5,0	4,9
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,6	6,2	5,9	6,9	6,3	5,2	5,7	7,1	6,5
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	165	167	300	250	200	153	248	198	129
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	61	68	48	57	77	83	53	102	108
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	80	78	86	85	94	71	85	86	94
* an Molkereien geliefert	%	83,1	84,5	82,0	84,3	86,5	82,5	82,2	85,3	86,8
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,3	11,0	11,4	12,0	10,1	10,9	11,4	12,1

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Inneren und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 059	2 997	3 008	2 998	2 995	2 944	2 938	2 925	2 914
* Beschäftigte	1 000	404	407	406	405	406	401	401	400	399
* Arbeiter 2)	1 000	298	299	298	298	298	292	292	291	290
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	45 571	45 676	47 628	44 642	47 858	42 166	44 601	43 705	45 601
Löhne und Gehälter	Mill. DM	591	669	611	613	684	616	684	705	730
* Löhne	Mill. DM	384	434	400	399	453	386	437	453	479
* Gehälter	Mill. DM	207	235	211	215	231	230	247	252	251
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	76	74	69	68	67	94	107	88	91
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	87	92	94	92	98	84	86	93	100
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	4	1	2	1	1	2	2	2	2
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	83	91	92	91	97	82	84	91	98
* Heizölverbrauch	1 000 t	207	216	247	228	201	191	201	189	184
* leichtes Heizöl	1 000 t	40	39	48	43	34	38	39	33	31
* schweres Heizöl	1 000 t	167	177	199	185	167	153	162	156	153
* Stromverbrauch	Mill. kWh	847	871	882	847	857	854	968	946	989
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	299	283	308	280	262	289	325	286	322
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 815	3 125	3 120	2 965	3 231	3 550	3 668	3 633	3 734
* Auslandsumsatz	Mill. DM	637	757	720	718	793	1 113	1 154	1 084	1 065
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	234	246	240	261	249	238	243	261 ^p	252 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	247	262	259	277	261	258	263	277 ^p	267 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	247	263	259	279	263	257	262	278	268
Energiewirtschaft	1962 = 100	228	245	246	246	218	274	276	271	244
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	264	283	283	303	282	287	286	304	294
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	180	179	166	203	218	125	158	181	185
Chemische Industrie	1962 = 100	317	341	346	365	322	365	348	372	352
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	322	334	316	358	327	312	327	363	349
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	299	270	242	290	223	251	260	318	298
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	183	191	202	204	197	185	195	187	181
Schuhindustrie	1962 = 100	102	89	103	89	85	94	90	80	78
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1962 = 100	182	196	175	188	207	175	182	207	197
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	166	161	141	174	184	130	140	171	172
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	103	103	102	.	.	.	98	.	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1962 = 100	223	247	228	.	.	.	208	.	.
* Handwerksumsatz	VjD 1962 = 100	227	258	229	.	.	.	214	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	221	234	283	230	225	287	266
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 266	1 454	1 394	1 365	1 357	1 556	1 784
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	384	517	462	476	506	610	686
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 088	1 155	1 198	1 104	1 062	1 214	1 347
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,3	0,1 ⁿ	0,1	0,1 ⁿ	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1
Gasbezug 4)	Mill. cbm	119	133 ⁿ	147	138 ⁿ	117	147	144	140	...
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	120	133 ⁿ	147	138 ⁿ	117	147	144	140	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	89 423	87 137	86 505	87 408	88 251	79 386	80 008	80 774	80 539
Facharbeiter	Anzahl	48 787	48 502	48 442	48 719	49 416	44 366	44 728	45 412	45 391
Fachwerker und Werker	Anzahl	26 017	23 651	23 230	23 821	24 088	20 076	20 419	20 600	20 518
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 348	12 311	11 723	12 443	14 399	9 346	10 467	11 999	12 640
Privater Bau	1 000	7 887	7 271	6 920	7 402	8 506	5 546	6 092	6 748	7 063
* Wohnungsbau	1 000	5 235	4 935	4 811	5 188	5 898	3 595	4 040	4 473	4 730
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	122	94	74	66	118	67	94	84	155
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 530	2 242	2 035	2 148	2 490	1 884	1 958	2 191	2 178
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 461	5 040	4 803	5 041	5 893	3 800	4 375	5 251	5 577
Hochbau	1 000	1 346	1 142	1 259	1 203	1 327	914	1 024	1 228	1 296
Tiefbau	1 000	4 115	3 898	3 544	3 838	4 566	2 886	1 827	4 023	4 281
Straßenbau	1 000	1 909	1 836	1 667	1 807	2 116	1 247	1 524	1 826	2 048
Löhne und Gehälter	Mill. DM	131	139	119	128	154	110	118	136	154
* Löhne	Mill. DM	118	124	106	115	140	95	103	121	138
* Gehälter	Mill. DM	13	15	13	13	14	15	15	15	16
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	332	347	279	242	304	287	267	299	311

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenscheite = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 496	1 418	1 458	1 403	1 832	792	1 036	1 243	1 228
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 332	1 282	1 307	1 241	1 662	733	970	1 186	1 178
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 813	1 627	1 666	1 706	2 059	1 085	1 089	1 232	1 251
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	273	267	264	276	337	193	191	220	220
* Wohnfläche	1 000 qm	313	281	292	294	361	182	179	203	201
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	253	268	244	245	251	208	174	197	176
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 010	1 128	1 276	970	1 241	725	601	549	687
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	110	141	164	86	101	114	115	72	79
* Nutzfläche	1 000 qm	175	201	226	174	199	126	122	102	119
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 742	3 282	3 279	3 362	4 082	2 218	1 986	2 181	2 179
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	124	132	.	.	133,9	137	.	.	141,0
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	189	201	.	.	203,8	206	.	.	213,3
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	192	208	.	.	211,7	215	.	.	221,6
Leichttrennwand	1962 = 100	197	213	.	.	215,8	218	.	.	228,3
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	176	190	.	.	193,9	195	.	.	204,5
Beton für Wände	1962 = 100	182	197	.	.	200,2	199	.	.	206,9
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	137	147	.	.	146,3	159	.	.	168,2
Innenwandputz	1962 = 100	198	222	.	.	225,6	230	.	.	248,2
Deckenputz	1962 = 100	191	214	.	.	218,0	221	.	.	237,9
Außenwandputz	1962 = 100	205	230	.	.	234,2	236	.	.	251,4
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	170	189	.	.	192,4	193	.	.	207,9
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	182	202	.	.	201,4	221	.	.	221,4
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	737,5	866,8	870,5	796,3	939,5	1 065,4	1 256,4	1 200,7	1 268,9
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	25,5	41,4	32,8	32,9	42,7	38,2	47,4	48,1	55,8
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	712,0	825,5	837,6	763,3	896,8	1 027,2	1 209,0	1 152,6	1 213,2
* Rohstoffe	Mill. DM	10,3	11,5	11,7	12,4	13,4	10,3	13,1	12,9	14,6
* Halbwaren	Mill. DM	35,5	44,8	44,5	40,3	48,4	73,5	110,8	72,1	80,0
* Fertigwaren	Mill. DM	666,3	769,1	781,5	710,7	835,0	943,4	1 085,0	1 063,5	1 118,6
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	235,3	280,2	286,7	255,0	316,7	358,7	419,2	414,3	436,6
* Enderzeugnisse	Mill. DM	431,0	488,9	494,8	455,6	518,3	584,7	665,8	649,3	681,9
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
EG-Länder	Mill. DM	350,1	402,3	410,8	379,8	426,4	509,4	599,8	564,1	595,0
Frankreich	Mill. DM	122,9	133,1	137,7	131,5	142,4	159,6	175,9	180,5	205,5
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	51,4	60,8	58,7	57,7	63,5	73,8	85,2	85,0	84,3
Niederlande	Mill. DM	55,7	69,3	78,6	60,7	70,1	103,1	124,6	96,5	90,1
Italien	Mill. DM	65,4	73,6	63,4	70,1	81,7	91,0	119,9	106,2	106,0
Großbritannien	Mill. DM	38,3	46,6	51,8	37,5	46,6	56,1	66,3	67,4	80,5
Republik Irland	Mill. DM	1,7	2,6	2,3	3,3	3,7	3,0	9,2	6,4	3,9
Dänemark	Mill. DM	14,7	18,8	18,4	18,3	18,4	22,9	24,8	22,1	24,7
Österreich	Mill. DM	33,8	35,8	36,3	35,7	38,7	40,3	43,1	41,1	44,7
Schweiz	Mill. DM	41,7	46,1	49,9	43,0	49,1	52,8	64,9	56,1	58,6
USA und Kanada	Mill. DM	49,2	54,9	57,2	60,8	61,5	58,8	52,0	53,5	62,3
Entwicklungsländer	Mill. DM	103,9	133,0	128,7	109,4	141,3	167,9	190,8	204,7	222,9
Ostblockländer	Mill. DM	36,0	48,1	44,8	40,0	69,0	57,7	76,7	66,9	62,0
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	480,5	522,7	522,7	509,0	539,5	654,6	697,3	703,1	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	83,3	103,1	104,4	109,6	116,9	92,2	114,4	121,3	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	397,2	419,7	418,3	399,4	422,7	562,4	583,0	581,8	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	105	108	106	107	106	106	107	105	114
* Umsatz	1970 = 100	122	135	135	137	135	116	140	149	146
Waren verschiedener Art	1970 = 100	119	130	114	122	119	114	134	147	147
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	124	139	141	138	140	125	143	149	151
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1970 = 100	122	133	127	148	136	96	134	157	139
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1970 = 100	131	150	151	152	155	134	168	167	155
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1970 = 100	124	137	116	118	119	116	136	131	134
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1970 = 100	115	117	161	145	135	85	118	126	125

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973			1974				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1972 = 100	100	100	97	101	105	93	97	101	104
Teilbeschäftigte	1972 = 100	117	115	109	115	123	115	111	115	124
* Umsatz	1972 = 100	112	116	111	118	133	102	113	129	141
Beherbergungsgewerbe	1972 = 100	113	120	101	119	141	89	104	135	151
Gaststättengewerbe	1972 = 100	109	116	118	116	127	112	120	125	133
Fremdenverkehr										
in 286 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	261	256	151	249	303	119	155
* Auslandsgäste	1 000	54	49	18	46	59	13	18
* Fremdenübernachtungen	1 000	988	998	598	921	1 111	472	605
* Auslandsgäste	1 000	134	122	42	110	124	32	45
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	3 099	3 143	3 561	3 499	3 752	2 637	2 944	3 121	...
* Gütereingang	1 000 t	1 555	1 677	1 773	1 824	1 923	1 389	1 575	1 625	...
* Güterversand	1 000 t	1 544	1 466	1 788	1 675	1 829	1 248	1 369	1 496	...
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 166	3 649	4 158	3 373	3 594	2 942	3 646	3 518	4 140
Ladung	1 000 t	2 604	2 679	2 808	2 790	3 095	2 404	2 799	2 648	3 119
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	65	72	68	81	86	81	76	74	71
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 580	4 140	4 709	3 915	4 101	3 446	4 331	3 869	4 722
Ladung	1 000 t	1 158	1 323	1 356	1 411	1 613	1 456	1 645	1 405	1 638
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	60	70	63	78	86	78	72	70	69
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 664	11 174	17 225	15 054	13 923	8 207	11 718	12 433	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	165	212	345	389	423	149	286	435	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	10 427	9 899	15 247	13 381	12 151	7 249	10 211	10 845	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	613	580	788	717	787	368	549	534	...
Zugmaschinen	Anzahl	391	406	742	482	474	390	602	521	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	450	481	302	801	730	269	565	669	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	28 074	29 796	29 770	25 215	29 438	35 856	31 809	28 229	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	23 892	24 734	24 102	22 195	23 844	29 540	26 143	23 671	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	3 674	4 549	5 313	2 597	4 884	5 999	5 288	4 190	...
Berufsverkehr	1 000	900	1 017	1 133	1 083	1 066	1 007	1 004	991	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	508	514	355	423	710	317	378	368	...
Ausflugsfahrten	1 000	110	103	64	79	136	54	67	80	...
Ferienziel - Reisen	1 000	3	3	1	2	5	1	1	3	...
Mietwagenverkehr	1 000	395	408	290	342	569	262	310	285	...
Wagenkilometer	1 000	11 704	12 996	12 433	10 903	14 685	11 528	12 425	11 971	...
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	7 595	7 256	6 716	7 559	8 415	5 454	6 343	6 690	7 256
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 912	1 802	1 685	1 776	2 222	1 233	1 525	1 735	1 914
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 683	5 454	5 031	5 783	6 193	4 221	4 818	4 955	5 342
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 470	4 832	3 873	4 515	4 774	3 259	3 714	3 835	4 071
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	1 213	1 215	1 158	1 268	1 419	962	1 104	1 120	1 271
* Getötete Personen	Anzahl	101	90	97	73	108	50	59	69	95
Pkw - Insassen	Anzahl	56	46	58	39	58	19	23	39	55
Fußgänger	Anzahl	24	23	25	16	17	15	19	15	17
* Verletzte Personen	Anzahl	2 759	2 559	2 304	2 618	3 142	1 675	2 136	2 447	2 676
Pkw - Insassen	Anzahl	1 859	1 652	1 545	1 838	1 950	1 019	1 350	1 478	1 595
Fußgänger	Anzahl	331	318	344	258	414	255	283	302	295
Schwerverletzte	Anzahl	946	854	801	824	1 038	602	710	809	877
Pkw - Insassen	Anzahl	587	490	478	502	576	322	386	412	469
Fußgänger	Anzahl	169	155	183	131	192	132	142	163	129
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	44 981	41 755	41 124	38 864	40 940	39 420	54 436	42 877	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 115	1 079	1 154	1 038	919	918	1 093	1 011	...
Telegramme	1 000	40	36	35	38	40	28	31	34	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1108 815	1252 762	1192 828	1208 212	1335 652	1157 830	1265 736	1357 167	...
Lastschriften	1 000 DM	1103 065	1253 489	1199 442	1209 553	1319 591	1140 443	1269 916	1379 010	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	22 352	23 330	23 328	22 887	21 779	22 337	23 151	25 066	...
Auszahlungen	1 000 DM	24 564	30 567	28 637	29 381	28 467	27 727	32 093	36 042	...
Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer 1)										
Tonrundfunk	1 000	1 099	1 115	1 105	1 105	1 107	1 118	1 119	1 117	...
Fernsehrundfunk	1 000	984	1 001	992	992	993	1 005	1 007	1 005	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 1)										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	26 531	29 977	27 434	27 521	27 610	29 721	30 042	29 929	30 042
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	26 265	29 811	27 233	27 329	27 413	29 549	29 849	29 728	29 843
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	6 552	7 607	6 933	6 895	6 755	7 502	7 831	7 630	7 460
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	6 407	7 430	6 735	6 713	6 620	7 327	7 602	7 395	7 275
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	146	176	198	182	135	174	229	234	185
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 365	3 395	3 437	3 457	3 501	3 058	3 035	3 066	3 178
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 996	2 999	3 056	3 106	3 149	2 668	2 682	2 702	2 759
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	369	395	380	351	352	390	353	364	419
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	16 348	18 810	16 862	16 977	17 156	18 989	18 984	19 032	19 204
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	12 539	14 121	12 883	13 036	13 185	14 255	14 237	14 258	14 351
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 810	4 689	3 980	3 941	3 971	4 734	4 747	4 773	4 853
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken 2)	Mill. DM	23 587	26 828	23 939	24 202	24 809	27 034	26 813	27 142	27 556
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	8 355	10 561	8 584	8 846	9 466	10 689	10 479	10 771	11 107
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 968	8 817	7 172	7 462	7 798	8 860	8 775	9 133	9 134
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 388	1 744	1 412	1 384	1 669	1 829	1 705	1 638	1 973
* Spareinlagen	Mill. DM	13 742	14 711	13 849	13 845	13 828	14 773	14 756	14 790	14 859
* bei Sparkassen	Mill. DM	8 479	8 861	8 558	8 560	8 547	8 882	8 878	8 896	8 939
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	Mill. DM	757	778	665	663	698	745	779	770	758
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	617	725	683	667	721	692	796	735	689
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse 4)	Anzahl	17	22	31	6	12	42	39	20	33
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	3 639	18 079	8 530	1 642	4 610	19 771	102 983	11 760	14 560
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	-	-	1	1	1	-	2
* Wechselproteste 5)	Anzahl	1 536	1 604	1 404	1 496	1 643	1 806	1 819	1 697	1 822
* Wechselsumme	1 000 DM	4 898	5 008	3 957	5 045	4 593	7 990	8 055	7 533	10 063
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	525 232	614 781	619 758	379 542	498 312	645 375	740 911	390 744	561 770
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	341 080	431 750	478 750	208 745	317 163	428 251	558 347	209 800	366 528
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	207 791	264 818	163 363	163 165	271 653	369 344	192 416	184 143	351 700
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	31 436	39 883	-	-	97 172	162 802	-	-	124 598
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	87 108	102 542	227 126	19 529	7 898	16 126	249 450	19 611	- 7 368
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	6 980	7 869	1 039	2 463	3 632	5 517	4 377	3 443	1 608
* Körperschaftsteuer 7)	1 000 DM	39 202	56 522	87 222	23 588	33 980	37 264	112 104	2 603	20 588
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	8 305	7 244	-	-	16 432	27 722	-	-	13 396
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	184 152	183 031	141 008	170 797	181 149	217 124	182 564	180 944	195 242
* Umsatzsteuer	1 000 DM	136 255	137 107	104 263	129 604	116 604	162 834	107 844	130 158	139 448
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	47 897	45 924	36 745	41 193	64 545	54 290	74 720	50 786	55 794
* Bundessteuern	1 000 DM	108 701	100 046	113 032	89 775	108 844	106 461	94 224	83 105	85 387
* Zölle	1 000 DM	7 806	6 949	6 053	5 782	11 669	6 229	8 418	3 481	9 003
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	93 404	83 209	93 732	77 829	90 899	94 823	71 377	74 731	70 835
* Landessteuern	1 000 DM	44 597	49 828	42 401	38 912	67 296	58 724	27 103	39 614	67 018
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 969	12 766	2 232	1 718	27 055	28 214	13 687	2 460	28 252
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	24 155	25 607	28 395	26 564	26 670	21 497	30 334	27 546	26 412
* Biersteuer	1 000 DM	5 904	6 294	5 113	5 713	6 144	5 090	5 266	5 369	6 900
* Gemeindesteuern 8)	1 000 DM	281 926	328 243	305 787
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 552	8 608	4 785
* Grundsteuer B 9)	1 000 DM	34 377	37 647	29 939
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	198 901	237 996	224 200
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	16 389	19 219	19 500
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	391 359	424 982	417 119	330 693	369 722	435 237	458 927	327 716	373 367
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	149 914	190 160	212 040	91 584	139 012	187 142	248 243	90 638	159 161
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	120 015	119 869	91 667	112 428	116 426	138 417	115 798	114 423	123 295
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 730	14 907	380	36 906	5 440	3 217	662	39 550	5 524
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	288 219	343 212	356 529	244 558	297 272	344 311	362 033	259 611	332 427
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	149 897	189 374	212 040	90 305	138 523	183 612	248 109	89 825	158 103
* Anteil an den Steuern v. Umsatz 10)	1 000 DM	80 995	89 104	101 708	78 435	86 013	98 758	86 159	90 622	101 782
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 730	14 907	380	36 906	5 440	3 217	662	39 550	5 524
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	328 353	390 518	323 565
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 11)	1 000 DM	122 457	148 511	210 032
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	122 871	151 759	31 947

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahrsdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen; ab 1974 einschl. steuerähnliche Einnahmen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs.1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs.5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 11) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	312	344	•	336	•	•	•	•	•
* Männliche Arbeiter	DM	341	375	•	367	•	•	•	•	•
* Facharbeiter	DM	364	397	•	389	•	•	•	•	•
* Angelernte Arbeiter	DM	329	364	•	355	•	•	•	•	•
* Hilfsarbeiter	DM	287	317	•	310	•	•	•	•	•
* Weibliche Arbeiter	DM	208	228	•	222	•	•	•	•	•
* Hilfsarbeiter	DM	197	215	•	211	•	•	•	•	•
Bruttostundenverdienste	DM	7,15	7,96	•	7,76	•	•	•	•	•
* Männliche Arbeiter	DM	7,64	8,50	•	8,26	•	•	•	•	•
* Facharbeiter	DM	8,15	8,98	•	8,74	•	•	•	•	•
* Angelernte Arbeiter	DM	7,37	8,25	•	8,01	•	•	•	•	•
* Hilfsarbeiter	DM	6,38	7,23	•	7,03	•	•	•	•	•
* Weibliche Arbeiter	DM	5,18	5,75	•	5,64	•	•	•	•	•
* Hilfsarbeiter	DM	4,87	5,41	•	5,30	•	•	•	•	•
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,6	43,0	•	43,3	•	•	•	•	•
Männliche Arbeiter	Std.	44,5	44,1	•	44,4	•	•	•	•	•
Weibliche Arbeiter	Std.	40,1	39,4	•	39,4	•	•	•	•	•
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 680	1 971	•	1 933	•	•	•	•	•
* männlich	DM	1 517	1 744	•	1 714	•	•	•	•	•
* weiblich	DM	1 824	2 105	•	2 077	•	•	•	•	•
* weiblich	DM	1 187	1 345	•	1 306	•	•	•	•	•
Technische Angestellte	DM	1 932	2 223	•	2 174	•	•	•	•	•
* männlich	DM	1 989	2 271	•	2 220	•	•	•	•	•
* weiblich	DM	1 358	1 510	•	1 468	•	•	•	•	•
im Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 157	1 341	•	1 347	•	•	•	•	•
* männlich	DM	1 150	1 319	•	1 323	•	•	•	•	•
* weiblich	DM	1 504	1 711	•	1 721	•	•	•	•	•
* weiblich	DM	915	1 021	•	1 018	•	•	•	•	•
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 433	1 674	•	1 657	•	•	•	•	•
* männlich	DM	1 301	1 481	•	1 472	•	•	•	•	•
* weiblich	DM	1 657	1 880	•	1 874	•	•	•	•	•
* weiblich	DM	1 013	1 131	•	1 115	•	•	•	•	•
Technische Angestellte	DM	1 910	2 191	•	2 140	•	•	•	•	•
* männlich	DM	1 968	2 239	•	2 189	•	•	•	•	•
* weiblich	DM	1 331	1 482	•	1 428	•	•	•	•	•
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 122	1 111	1 105	1 107	1 108	1 114	1 114	1 112	•
Pflichtmitglieder	1 000	676	677	674	675	675	675	673	671	•
Rentner	1 000	366	370	368	368	369	375	376	376	•
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,9	5,6	6,0	5,3	5,5	6,3	6,4	5,9	•
Männer	%	5,0	5,7	6,2	5,4	5,6	6,3	6,4	5,9	•
Frauen	%	4,6	5,3	5,7	4,9	5,3	6,2	6,4	5,8	•
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	394 570	409 369	402 943	404 546	409 462	415 891	417 843	416 937	414 928
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	130 911	150 244	138 277	139 172	143 277	161 182	163 026	161 222	159 344
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	9 794	9 176	11 785	6 816	7 027	27 595	25 663	20 635	18 803
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	8 748	8 155	10 427	5 806	6 011	25 951	23 255	18 506	16 750
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	153	149	150	•	•	•	147	•	•
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	38 326	40 965	40 627	41 027	40 579	44 276	43 951	43 890	43 880

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung. - 3) Einschl. Nachzahlungen nach dem 15. Renten Anpassungsgesetz.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 672	61 973 ^p	61 818 ^p	61 844 ^p	61 880 ^p	61 904 ^p
Eheschließungen 1)	Anzahl	34 594	32 879 ^p	17 814 ^p	24 543 ^p	34 427 ^p	31 871 ^p	22 028 ^p	32 736 ^p	30 287 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	58 435	52 970 ^p	52 934 ^p	50 853 ^p	55 418 ^p	53 280 ^p	48 555 ^p	54 279 ^p	53 712 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	60 939	60 919 ^p	72 883 ^p	58 955 ^p	61 029 ^p	59 858 ^p	58 179 ^p	66 265 ^p	62 093 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	- 2 504	- 7 949 ^p	19 949 ^p	- 8 102 ^p	- 5 611 ^p	- 6 578 ^p	- 9 624 ^p	11 986 ^p	- 8 381 ^p
Arbeitslose	1 000	246	273	356	347	287	241	620	562	517
Männer	1 000	141	150	223	219	169	128	379	329	281
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 028	20 356 ^p	.	20 340 ^r	21 429 ^p
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	292	290	262	283	293	310	270 ^r	299	326
Milcherzeugung	1 000 t	1 791	1 772	1 612	1 936	1 978	1 708	1 648 ^r	1 961	2 028
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 340	8 368	8 363	8 348	8 347	8 267	8 252	8 232	8 210
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	934	929	926	973	916	919	882	910	903
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	49 668	55 578	50 997	56 902	52 818	57 949	57 248	63 904	62 924
Auslandsumsatz	Mill. DM	9 950	11 936	10 813	12 262	11 095	13 470	13 790	15 944	15 108
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	166	179	178	178	189	167	180	181	188 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	167	180	181	180	190	180	183	184	189 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	164	177	176	176	186	164	178	179	186 ^p
Energiewirtschaft	1962 = 100	232	256	280	266	263	291	288	284	260 ^p
Bergbau	1962 = 100	94	94	102	98	96	98	99	99	94 ^p
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	169	182	182	182	192	169	183	185	192 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	191	212	208	210	220	198	214	217	227 ^p
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	162	177	178	178	188	163	180	178	186 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	163	167	176	173	183	150	166	171	174 ^p
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	148	153	142	141	155	144	147	147	156 ^p
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	152	150	116	132	166	110	123	135	159 ^p
Steinkohlenförderung	1 000 t	8 539	8 112	8 680	9 221	7 732	8 640	7 805	8 300	7 656
Braunkohlenförderung	1 000 t	9 201	9 888	9 409	9 810	9 113	11 236	10 150	16 654	9 629
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 667	3 069	2 746	3 154	2 940	3 295	3 190	3 561	3 235
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 596	4 127	3 712	4 302	3 853	4 363	4 162	4 689	4 174
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 599	3 059	2 891	3 212	2 770	3 427	3 210	3 592	3 255 ^p
Stromerzeugung	Mill. kWh	22 898	24 916	25 190	26 571	24 532	28 996	26 005 ^r	27 825	26 977 ^p
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 682	3 933	7 683	8 059	7 395	4 255	3 967	4 266	3 942
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 533	1 508	1 437	1 486	1 517	1 363	1 338	1 359	1 369
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	210	196	154	189	202	148	149	168	185
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 170	6 445	4 366	5 076	5 138	5 134	4 412	4 965	5 101
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	64 053	54 841	51 568	65 900	59 029	29 170	27 803
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	188	220	187	219	218	202	190	222	234
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	107	128	115	131	121	134	132	148 ^r	146 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	148	166	139	166	164	155	149	171	174
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	10 010	12 120	11 802	12 358	11 608	13 946	12 363	15 080	...
Ausfuhr	Mill. DM	11 333	14 873	13 742	14 686	14 179	17 518	17 436	19 711	...
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 323	2 753	1 940	2 328	2 571	3 572	5 073	4 631	...

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	93	98	97	97	93	107	102
Binnenschifffahrt	1970 = 100	95	102	94	103	108	93
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	97	108	106	104	101	109
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	103	103	102	97	102	101	100
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	104	107	118	111	98	110	117
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)										
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	45 767	47 429	43 300	44 673	44 934	44 735	44 962	46 224	46 586 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	681 676	756 976	691 826	699 767	703 969	756 485	760 397	762 534	765 773 ^p
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	569 672	631 587	578 295	585 294	589 288	629 654	632 825	637 099	637 979 ^p
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	112 004	125 389	113 531	114 473	114 681	126 831	127 572	125 435	127 794 ^p
Spareinlagen	Mill. DM	565 845	634 201	574 103	578 928	581 700	630 110	634 924	631 938	636 548 ^p
Index der Aktienkurse	31.12.65 = 100	261 673	280 486	263 960	263 693	263 739	280 694	281 722	281 687	282 373 ^p
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	150,5	144,7	156,3	163,9	164,1	127,4	126,0	122,9	124,5
		79,4	70,8	75,9	75,4	73,9	70,4	68,1	64,3	63,2
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	7 133	8 385	4 946	10 960	4 861	4 348	5 451	11 636	5 461
Lohnsteuer	Mill. DM	4 095	5 105	4 032	3 775	4 123	6 459	4 596	4 109	4 679
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	3 915	4 152	5 081	3 633	3 893	4 932	5 189	3 825	4 046
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 846	2 938	3 629	2 471	2 655	3 745	3 504	2 402	2 488
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 498	2 812	2 560	2 584	2 651	1 307	2 764	2 652	2 554
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	118,7	...	121,8	124,8	124,9	120,6	119,6	117,9 ^p	114,3 ^p
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	127,3	...	131,0	131,9	131,5	140,2	142,6	143,5	143,0
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	116,1	123,8	120,7	121,4	122,2	131,8	134,8	136,9	138,3
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	174,3	187,1	180,3	.	.	193,9	.	.	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	126,7	130,9	127,7	.	.	139,2	.	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	111,1	118,8	116,0	116,8	117,5	123,7	124,8	125,2	125,9
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	109,7	118,0	115,6	116,4	118,0	121,4	121,8	122,3	123,4
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	112,3	120,7	117,2	118,2	119,3	125,3	126,2	127,3	128,5
Wohnungsmiete	1970 = 100	112,5	119,2	116,9	117,7	118,1	122,6	123,2	123,8	124,2
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	110,1	128,2	118,5	118,7	117,3	153,4	156,1	150,1	143,5
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	109,7	114,3	113,5	113,7	113,7	118,9	119,8	120,8	121,4
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	114,0	122,6	119,1	120,6	120,9	126,4	129,9	131,1	133,6
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	113,8	121,6	118,8	119,5	120,1	126,1	127,2	128,2	129,7
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	108,1	113,7	111,6	112,4	112,9	118,9	119,9	120,7	121,7
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1970 = 100	111,9	117,8	114,9	115,2	115,3	121,4	122,7	123,2	123,4
Preisindex für die Lebenshaltung der 4 - Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1970 = 100	110,7	118,2	115,6	116,3	117,1	122,9	123,8	124,3	125,2
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	116,9	129,1	.	.	128,1	130,1
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	120,5	134,1	.	.	132,6	137,0
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	120,6	133,2	.	.	131,7	138,2
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	122,0	135,7	.	.	133,6	141,7
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	97,0	97,0	.	.	97,4	94,3
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,7	98,8	.	.	99,2	96,7

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM - Noten und - Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baubodenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).

Bausparen bevorzugte Form der Kapitalansammlung

Auf 100 private Haushalte entfielen in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt 41 mit einem oder mehreren Bausparverträgen. Im Jahre 1969 lag der Anteil noch bei 27%.

Wie die aus den Unterlagen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 zusammengestellten Ergebnisse ausweisen, besaßen jeweils 59% der Selbständigen- (1969: 44%) und Beamten-Haushalte (38%), 50% (33) der Angestellten, 42 (20) der Arbeiter, 54 der Landwirte und 19% der Nichterwerbstätigen Bausparverträge.

Von den Haushalten mit Bausparverträgen hatten etwa 2% ein Monatsbruttoeinkommen bis 800 DM, 17% ein solches zwischen 800 und 1 800 DM und 81% ein Einkommen von mehr als 1 800 DM. Hinsichtlich der Höhe der Abschlußsumme lag diese bei 47% der Haushalte unter 20 000 DM, bei 37% zwischen 20 000 und 50 000 DM und bei 16% über 50 000 DM.

Eine Anlage in Wertpapieren (Aktien, Rentenwerte und Investmentzertifikate) ist dagegen immer noch einem nur kleinen Teil der Bevölkerung vertraut. Von je 100 Haushalten waren bei den Selbständigen 35 und bei den Arbeitern nur 9 im Besitz von Wertpapieren. Unter den Beamten- und Angestellten-Haushalten verfügte etwa jeder vierte über diese Vermögensform; bei den Landwirten war es annähernd jeder siebte und bei den Nichterwerbstätigen jeder fünfte Haushalt. Trotzdem ist im Vergleich zu den jeweiligen Anteilen im Jahre 1969 eine Zunahme festzustellen. Damals betrugen diese bei Selbständigen 29, bei Beamten und Angestellten etwa 20 und bei Arbeitern 6%.

Erstaunlich hoch lag dagegen mit 53% die Quote der Haus- und Grundbesitzer. Unter den Beamten- (50%), Angestellten- (47%), Arbeiter- (56%) und Nichterwerbstätigen-Haushalten (49%) verfügte rund jeder zweite über Haus- und Grundbesitz. Bei den Selbständigen-Haushalten (ohne Landwirte), die mit 77% weit über dem Durchschnitt lagen, darf man sogar in vielen Fällen einen Mehrfachbesitz dieser Vermögensform unterstellen. Den höchsten Anteil mit 87% Haus- und Grundbesitzern stellte erwartungsgemäß die Gruppe der Landwirte.

Relativ am häufigsten waren die Beamten und Angestellten mit Kredittilgung belastet (72 und 67%), ihnen folgen die Selbständigen mit 61%. Bei Nichterwerbstätigen betrug der Anteil 32 und bei Landwirten 26%. Im Durchschnitt hatte jeder zweite Haushalt mit Eigentum an Grund und Boden noch Darlehen zu tilgen. Wesentliche Verschiebungen gegenüber den ermittelten Tatbeständen von 1969 haben sich in diesem Bereich nicht ergeben. wf

Merkliche Zunahme der Syphilisfälle

Im Jahre 1973 wurden den Gesundheitsämtern des Landes 2 421 Fälle von ansteckenden Geschlechtskrankheiten bekannt. Damit ergab sich ein dem Vorjahr gegenüber unverändertes Meldeergebnis (2 423). Es gilt als sicher, daß diese gesundheitspolizeilichen Nachweisungen das tatsächliche venerische Krankheitsgeschehen nicht aufzeigen, vielmehr muß mit einem weit höheren Erkrankungsmaß gerechnet werden.

Wiederum war der Tripper die am häufigsten registrierte Geschlechtskrankheit (90,3%); in sehr viel geringerem Um-

fange (9,2%) trat die Syphilis in Erscheinung, doch hat diese Erkrankung seit dem Vorjahr (6,3%) eine merkliche Zunahme erfahren. Neben 4 Fällen von weichem Schanker gab es noch 6 Mehrfachinfektionen.

Unter den betroffenen Personen bildeten die Männer mit stark 73% die große Mehrheit. Einen gleich hohen Anteil hatten diese unter den gemeldeten Tripperkranken, einen nicht sehr viel geringeren unter den Syphiliskranken (70%). Annähernd neun Zehntel der Erkrankten befand sich im Alter zwischen 20 und 40 Jahren. Abgesehen vom weichen Schanker ergaben sich bei den übrigen Erkrankungsarten die stärksten Besetzungen in der Gruppe der 20- bis 30-jährigen. Genau zwei Drittel der erfaßten Personen waren ledig, rund 28% verheiratet und etwa 5% geschieden oder getrenntlebend. Nur bei den Geschiedenen hatten die Frauen ein zahlenmäßiges Übergewicht (56%). zi

Niedrigere Wochenverdienste der Arbeiter

Von Oktober 1973 bis Januar 1974 betrug die Zunahme der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste aller Arbeiter in der rheinland-pfälzischen Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau nur 0,10 DM oder 1,2%. Im Januar des Vorjahres hatte die Erhöhung noch bei 3,8% gelegen. Der Gesamtdurchschnitt stellte sich im Januar 1974 auf 8,23 DM und war um 6,1% höher als im vergleichbaren Vorjahresmonat.

Die vielfach mit Kurzarbeit verbundene Abkühlung des konjunkturellen Klimas zeigt sich vor allem bei den Wochenverdiensten, die sich infolge der um 1,8 Stunden (— 4,2%) zurückgegangenen Wochenarbeitszeit um 11 auf 339 DM verringerten, wobei die Männer - mit einer um gut 2 Stunden geringeren Wochenarbeitszeit von 41,8 - im Schnitt 14 DM weniger verdienten als im Oktober 1973. Die Industriearbeiterinnen kamen bei annähernd unveränderter Wochenarbeitszeit (— 0,3 Stunden) auf 236 DM für 39 bezahlte Stunden.

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau sind von Oktober 1973 bis Januar 1974 um 29 DM oder 1,6% gestiegen, die der technischen Angestellten um 11 DM oder 0,5 DM. Innerhalb Jahresfrist betrugen die entsprechenden prozentualen Veränderungen 9,0% bzw. 8,6%. hä

Ende 1973 nur noch 500 Jugendliche in Fürsorgeerziehung

Im Jahr 1973 wurden in Rheinland-Pfalz 21 638 Amtspflegschaften erfaßt, eine Maßnahme der Jugendhilfe, die mit der Reform des Nichteheleichenrechts 1970 sprunghaft an Bedeutung gewonnen hat, während die Zahl der früheren Amtsvormundschaften - sie betrug 1969 noch 30 232 - auf nunmehr 6 375 zurückgegangen ist. Bei den Erziehungsmaßnahmen setzte sich die rückläufige Entwicklung im Bereich der gerichtlich angeordneten Fürsorgeerziehung fort. Die Zahl der eingewiesenen Minderjährigen - 1963 waren es noch 1 715 - reduzierte sich innerhalb des letzten Jahres um weitere 154 auf 490. Im Rahmen der freiwilligen Erziehungshilfe (darunter fallen etwa zwei von drei Jugendlichen in öffentlicher Erziehung) sind die zahlenmäßigen Veränderungen seit Jahren gering. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 172

Auch im Weinbau Zunahme des Pachtlandes

Auch im Weinbau vollzieht sich, ähnlich wie in der Landwirtschaft, die Vergrößerung der Betriebe hauptsächlich im Wege der Zupachtung von Flächen. So nahm nach den Ergebnissen der Weinbauerhebung 1972/73 die Zahl der rheinland-pfälzischen Betriebe mit ausschließlich eigenen Rebflächen von 73% im Jahre 1964 auf derzeit 70% ab. Diese Entwicklung war am ausgeprägtesten in den Betrieben über 2 ha, während in den kleineren im Zuge des Übergangs zum Nebenerwerb eine Beschränkung auf die im Eigentum befindlichen Flächen erkennbar ist. Entsprechend stieg die Zahl der Betriebe mit eigenen und gepachteten Rebflächen. Ihr Anteil wuchs seit 1964 von 24 auf 27% an, wobei besonders die oberen Größenklassen einen starken Zugang zu verzeichnen hatten. Betriebe mit nur gepachteten Rebflächen (1400) blieben relativ selten, sie wiesen gegenüber 1964 keine entscheidenden Veränderungen auf. Von der gesamten Rebfläche waren 11 700 ha oder 19% gepachtet, gegenüber erst 16% vor acht Jahren. lx

Entwicklung zu größeren Weinbaubetrieben hält an

Im Jahre 1972 gab es in Rheinland-Pfalz rund 49 000 Betriebe mit Weinbau zu Erwerbszwecken. Ein Viertel von ihnen bewirtschaftete jedoch lediglich Rebflächen von weniger als 0,25 ha. Weiteren 21% standen 0,25 bis 0,50 ha zur Verfügung, 19% besaßen 0,50 bis 1 ha. An der gesamten bestockten Rebfläche waren diese Betriebe mit nur 3,2 und 6 bzw. 11% beteiligt. Knapp 8 300 Betriebe (17%) hatten Rebflächen zwischen 1 und 2 ha und 6 800 (14%) solche von 2 bis 5 ha in ihren Grenzen. Mit 20 bzw. 36% entfielen auf sie die höchsten Anteile an der gesamten Rebfläche des Landes. Weinbaubetriebe über 5 ha gab es nur knapp 1 700 (3,5%), die über fast ein Viertel der Weinbergsfläche verfügten.

Seit 1964 hat sich die Zahl der Weinbaubetriebe trotz zunehmender Rebfläche um 15 600 oder knapp ein Viertel verringert. Betriebe unter 0,25 ha bestockter Rebfläche gab es nur noch halb so viel wie vor acht Jahren. In den Größenklassen von 0,25 bis 0,50 und 0,50 bis 1 ha sind die Betriebe um jeweils rund ein Drittel reduziert worden. Auch die Betriebe der Größenklasse 1 bis 2 ha wiesen mit minus 9% noch einen beachtlichen Rückgang auf. Deutliche Zugänge verzeichneten dagegen die 2 bis 5 ha großen sowie diejenigen über 5 ha. Ihre Zahl stieg um mehr als 60% bzw. um mehr als das Anderthalbfache. lx

Voraussichtlich höhere Süß- und niedrigere Sauerkirschenernte

Nach den Ergebnissen der zweiten Vorschätzung für Kirschen wird bei Süßkirschen in Rheinland-Pfalz mit einem durchschnittlichen Baumertrag von 30,7, bei Sauerkirschen mit einem solchen von 22,5 kg gerechnet. Gegenüber dem Vormonat haben sich damit die Ernteaussichten zwar bei beiden Obstarten verbessert, doch wird für Sauerkirschen nach wie vor eine nur unterdurchschnittliche Ernte erwartet. Die Süßkirschenernte dagegen übersteigt, wenn sich das Schätzungsergebnis bestätigt, sowohl die Vorjahreshöhe als auch den mehrjährigen Durchschnittswert (27,1 kg/Baum). po

Voraussichtliche Erdbeerernte geringfügig höher

Bei den Erdbeeren zeigen sich in den Ergebnissen der letzten Vorschätzung höhere Ertragserwartungen als im Vormonat. Günstiger Witterungsverlauf in der Reifezeit vorausgesetzt, wird in Rheinland-Pfalz mit einem deutlich über dem Vorjahr (74,4 dt/ha) liegenden Ernteergebnis von 77,1 dt je ha gerechnet, womit die Ertragslage, am mehrjährigen Mittel gemessen, als überdurchschnittlich zu bezeichnen wäre. Trotzdem wird die zu erwartende Gesamterntemenge, die aus derzeitiger Sicht mit rund 12 700 dt veranschlagt wird, die Vorjahresernte nur geringfügig übertreffen, weil die Anbaufläche 1974 um 5 auf 165 ha verkleinert wurde. po

Leichte Zunahme der beanstandeten ganzen Tierkörper

Im Jahre 1973 wurden in Rheinland-Pfalz 1 324 200 Schlachttiere inländischer und 63 200 ausländischer Herkunft amtlich untersucht. Während sich die Zahl der beschauten Inlandtiere gegenüber dem Vorjahr um 73 200 verminderte, ergab sich bei Tieren aus dem Ausland eine Zunahme um 28 200. Die gesetzlich vorgeschriebene Beschau vor und nach der Schlachtung erfolgte bei 1 321 200 Tieren oder 99,8% aller Untersuchungsfälle, die restlichen 3 000 (0,2%) betrafen Notschlachtungen. Von den Schlachttieren inländischer Herkunft wurden 5 300 oder 0,4% bakteriologisch untersucht und darunter 237 als genußuntauglich, 127 als bedingt tauglich und 1 764 als minderwertig eingestuft.

Auf Grund der Schlachttier- und Fleischschau mußten insgesamt 11 933 ganze Tierkörper beanstandet werden gegenüber 11 671 im Jahr zuvor. Das waren 0,9% bzw. 0,8% aller beschauten inländischen Schlachttiere. In 1 617 Fällen wurden Mängel festgestellt, welche zur Untauglichkeit des ganzen Tierkörpers führten. Als häufigste Ursache erwies sich Blutvergiftung. 4 161 Tierkörper galten als bedingt tauglich, wobei sich als häufigster Beanstandungsgrund Tuberkulose ergab. Als minderwertig beurteilt wurden 4 542 Tiere, darunter allein 1 600 wegen Geruchs- und Geschmacksabweichungen. Bei allen drei Beurteilungsarten konnte eine Zunahme gegenüber 1972 beobachtet werden.

Teile des Tierkörpers wurden in 390 500 Fällen beanstandet, wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 177

Themen der folgenden Hefte

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts

Gehalts- und Lohnstruktur 1972

Einzelhandel 1973

Außenhandel 1973

Gartenbau 1972

Studienwünsche der Abiturienten 1973

Lehrernachwuchs für Gymnasien

Soeben ist erschienen

TASCHENBUCH DER FINANZSTATISTIK FÜR RHEINLAND-PFALZ 1973

Umfang 628 Seiten, Oktavformat — Plastikeinband, Preis DM 18,—

Aus dem Inhalt

Staatliche und kommunale Finanzen

Finanzen des Landes

Kommunale Finanzen

Personal der öffentlichen Verwaltung

Schulden der öffentlichen Verwaltung

Kommunale Steuereinnahmen

Kommunaler Finanzausgleich

Das "Taschenbuch" enthält die jüngsten Ergebnisse der Finanzstatistik in detaillierter Gliederung. Daneben vermitteln Übersichten für größere Zeiträume einen Einblick in die längerfristigen Entwicklungstendenzen der öffentlichen Haushaltswirtschaft.

Der Einzelnachweis von Daten aus der Gemeindefinanzstatistik wurde wesentlich erweitert. Die wichtigsten Angaben über Finanzen, Personal und Schulden stehen nunmehr für alle verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden sowie für die Ortsgemeinden mit 3 000 und mehr Einwohnern zur Verfügung. Damit eröffnen sich dem Benutzer neue vielfältige Vergleichsmöglichkeiten. Einzelangaben über Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen liegen wie bisher für alle Gemeinden vor.

Die umfassende Darstellung des Zahlenmaterials macht dieses Nachschlagewerk zu einer unentbehrlichen Informationsquelle für alle Fragen der öffentlichen Finanzwirtschaft.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,— Jahresabonnement DM 20,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (02603) * 711. Telex 869 007 la ems, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.